

PROJEKTGRUPPE HOCHSCHULFORSCHUNG

BERLIN-KARLHORST

**Zur Hochschulerneuerung  
in den neuen Bundesländern**

-Situationsbericht-

Bearbeiter:  
Gertraude Buck-Bechler  
Heidrun Jahn

Berlin, Januar 1992

92/28280

**PROJEKTGRUPPE HOCHSCHULFORSCHUNG**

**BERLIN-KARLHORST**

**Zur Hochschulerneuerung  
in den neuen Bundesländern**

**-Situationsbericht-**

**Bearbeiter:  
Gertraude Buck-Bechler  
Heidrun Jahn**

**Berlin, Januar 1992**

92/28280

Projektgruppe  
Hochschulforschung  
- Bibliothek -  
Aristotelessteig 4  
O - 1157 Berlin

Herausgeber: Projektgruppe Hochschulforschung  
Aristotelessteig 4  
O - 1157 Berlin  
Tel.: 5042949  
Leiter:  
Prof. Dr. - Ing. Carl-Hellmut Wagemann  
(Technische Universität)

Bearbeitung: Prof. Dr. Gertraude Buck-Bechler  
Dr. Heidrun Jahn

Layoutberatung: Dr. Dirk Lewin

Tonbandabschrift: Ingrid Splettstößer

Druck: Paul Kistmacher  
Müllerstraße 138d  
W - 1000 Berlin 65

II. 7.2.5. 1991

BRD II. 7.2.5. 1991 NBL\*

BRD II. 10.2. NBL\*

BRD II. 9.7. NBL\*

BRD II. 12.3.7. NBL, Cottbus\*

Berlin (Ost) II. 12.3.7.

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
1. Randbedingungen für die Hochschul- erneuerung in den neuen Bundesländern	7
1.1. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates	7
1.2. Zur Arbeitsweise von Hochschulstruktur- kommissionen auf Landesebene	8
2. Stellungnahmen zum Verlauf der Hochschulerneuerung	16
2.1. Die Sicht beteiligter Rektoren	16
2.2. Standpunkte zur Personalerneuerung	27
3. Neue Modelle für Hochschulentwicklung	37
3.1. Das Fachhochschulmodell Berlin-Ost	37
3.2. Das Universitätsprojekt Cottbus	50
Nachbetrachtung	64

## **Vorwort**

Das Hochschulsystem der neuen Bundesländer befindet sich in einer Umbruchphase. Die nächsten zwei bis drei Jahre werden darüber entscheiden, ob diese Phase ein Aufbruch zu neuen Ufern ist oder nur die Übernahme des Systems der alten Bundesländer samt seiner Probleme. Es gilt die Frage zu beantworten: Ist der Preis der Einheit im deutschen Hochschulsystem Angleichung oder differenzierte Weiterentwicklung? Die Chancen für letzteres sind vorhanden; aber sie können schnell vertan sein.

Die vorliegende Schrift versteht sich als Zeitdokumentation zum Stand der Hochschulerneuerung im Spätherbst 1991, dargestellt an ausgewählten Beispielen.

Diese Dokumentation wurde möglich durch eine am 21. November 1991 an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführte wissenschaftliche Tagung unter dem Thema

### **Hochschulen in den neuen Bundesländern auf dem Wege zur Attraktivität ?**

Veranstalter dieser Tagung war die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst unter Leitung von Dr.-Ing. Carl-Hellmut WAGEMANN, Professor an der Technischen Universität Berlin. Die Tagung wurde großzügig vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft unterstützt. Ganz besonderer Dank gilt den Herren Dr. MÖNIKES und Dr. BLANKE vom BMBW und Dr. PISTOR vom Stifterverband.

Mit freundlicher Genehmigung der Referenten war es möglich, die Tonbandaufzeichnungen dieser Tagung zur vorliegenden Zeitdokumen-

tation zu verarbeiten und aus den Redebeiträgen sehr ausführlich zu zitieren. Dafür ist den Herren Professoren Dr. FINK (Humboldt-Universität Berlin), Dr. GOLDSCHMIDT (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin), Dr. LANDGRAF (Technische Universität Dresden), Dr. SPUR (Technische Universität Berlin), Dr. TEICHLER (Gesamthochschule Kassel) und Dr. TIPPE (Fachhochschule für Wirtschaft und Technik Berlin i.G.) ganz herzlich zu danken.

Die Herausgabe dieser Schrift geschieht in der Hoffnung, den Prozeß der Hochschulerneuerung mit weiteren Ideen unterstützen zu können.

# **1. Randbedingungen für die Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern**

## **1.1. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates**

Noch vor der Wiedervereinigung kamen die Regierungen der beiden deutschen Staaten überein, den Wissenschaftsrat um gutachterliche Stellungnahmen zur künftigen Struktur des Hochschulwesens in den ostdeutschen Ländern zu bitten. Im Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 23. September 1990 erlangte diese Bitte Auftragscharakter.

Auf dieser Grundlage hat der Wissenschaftsrat vom Herbst 1990 bis zum Sommer 1991 mit Hilfe von Arbeitsgruppen aus Mitgliedern des Wissenschaftsrates, Vertretern von Bund und Ländern sowie Sachverständigen die ostdeutschen Hochschulen besucht, eine Bestandsaufnahme insbesondere für große Wissenschaftsgebiete und Strukturen der Ausbildung vorgenommen und für die Hochschulen der neuen Länder und im Ostteil von Berlin folgende Empfehlungen verabschiedet:

- zur Bildung von Hochschulstrukturkommissionen und zur Berufungspolitik vom 16.11.1990
- zur Erneuerung der Lehre und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses vom 25.1.1991
- zur Errichtung von Fachhochschulen in Berlin-Ost und Mittweida vom 25.1.1991
- zu Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft in den neuen Ländern vom 13.3.1991
- zur Errichtung eines Fachbereichs Sozialwesen an einer Fachhochschule in Potsdam vom 13.3.1991
- zum Aufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Universitäten/Technischen Hochschulen in den neuen Bundesländern und im Ostteil von Berlin vom 17.5.1991



- zu den Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen der neuen Länder vom 5.7.1991
- zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern vom 5.7.1991
- zu den Agrar-, Gartenbau-, Forst-, Haushalts- und Ernährungswissenschaften sowie zu Lebensmitteltechnologie und Veterinärmedizin an den Hochschulen der neuen Länder und in Berlin vom 5.7.1991
- zur Lehrerbildung in den neuen Ländern vom 5.7.1991
- zur Hochschulmedizin in den neuen Ländern und in Berlin vom 27.9.1991 .

Es liegt nun in der Verantwortung der Landesregierungen, der Landesparlamente und der Hochschulen, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates umzusetzen. Sie werden dabei von Hochschulstrukturkommissionen unterstützt.

## 1.2. Zur Arbeitsweise von Hochschulstrukturkommissionen auf Landesebene

Die Beratung von Landesregierungen durch Hochschulstrukturkommissionen - wie in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die neuen Länder vorgeschlagen - ist kein Novum für die Bundesrepublik. Zwei Alt-Bundesländer haben diesen Weg bereits beschritten: Niedersachsen und Baden-Württemberg. So beschloß Anfang 1988 die niedersächsische Landesregierung,

"sich bei der Ausarbeitung und Umsetzung eines Rahmenkonzeptes zur niedersächsischen Hochschulpolitik von einer Sachverständigenkommission beraten zu lassen. Den Hintergrund bildeten... Einsparmaßnahmen im Hochschulbereich, die jedoch angesichts weiter steigender Studentenzahlen ... ausgesetzt wurden. Im einzelnen erhielt die Hochschulstrukturkommission vom Ministerpräsidenten den Auftrag

- zu prüfen, wo ein Handlungsbedarf für neue Entwicklungen in Forschung und Lehre besteht,
- in diesem Zusammenhang auch die Planungen und Ansichten der Hochschulen zu erörtern sowie
- Empfehlungen für Prioritäten bei Veränderungen der Lehr- und Forschungsstruktur auszusprechen."



Im Frühjahr 1990 schloß die niedersächsische Hochschulstrukturkommission ihre Arbeit mit Stellungnahmen und Empfehlungen ab.

Ab Januar 1992 wird sich im Land Hessen eine Expertenkommission, in der drei Viertel nicht Hessische Vertreter sind, über die Zukunft des hessischen Hochschulwesens Gedanken machen.

Der Expertenrat ist in den Landesregierungen der alten Bundesländer angesichts der zunehmenden "Hochschulkrise" mehr und mehr gefragt.

In den neuen Bundesländern arbeiten Hochschulstrukturkommissionen spätestens seit Sommer 1991; ihre Aufgaben sind fast durchweg auch gesetzlich verankert worden.

So steht im Gesetz zur Erneuerung der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt (Hochschulernerneuerungsgesetz) unter § 4, Abschnitt 2:

" Die von der Landesregierung gebildete und vom Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur berufene Landeshochschulstrukturkommission wird, ausgehend vom Iststand der Hochschulen und ihrer Ausrichtung in Forschung, Lehre und Studium, zur künftigen Entwicklung der Hochschulen Stellung nehmen. Die Kommission berät das Ministerium... . Sie soll möglichst bis Ende des Jahres 1991 eine Empfehlung an die Landesregierung

- zur Zahl der Hochschulen
- zu den Hochschulstandorten
- zur fachlichen Ausrichtung in Forschung, Lehre und Studium,
- zur notwendigen Personalstruktur und Personalausstattung der verschiedenen Hochschulen,
- zur Ausstattung mit Sachmitteln und
- zur bestmöglichen Nutzung der Hochschuleinrichtungen geben. Die Landesregierung legt nach Anhörung der Hochschulen die umzusetzenden Empfehlungen fest."

ULRICH TEICHLER, Leiter des Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung an der Gesamthochschule Kassel und in dieser Eigenschaft vom Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt zur Mitarbeit in der Hochschulstrukturkommission gebeten, resümiert im November 1991 wie folgt über die bis zu diesem Zeitpunkt in der Kommission geleistete Arbeit:

*In welche Schwierigkeiten kommen wir bei der Umgestaltung von Hochschulsystemen ? Was ist Evaluation im Verhältnis von Wissenschaft und Politik?*

*Den Hochschulen im heutigen Westteil unseres Landes ist es bis zum Jahre 1989 in hervorragender Weise gelungen, den staatlichen Instanzen klar zu machen, daß wir Evaluation nicht brauchen. Unsere Formen einer sehr rudimentären Evaluation - zum Beispiel bei dem Einsatz von Professuren oder bei gelegentlichen Abstimmungen zu Ressourcenzuweisungen - dürften doch völlig genügen, meinen viele. Alle anderen Forderungen, die der Staat aus einem neuen Denken heraus bezüglich der Rechenschaftspflicht der Hochschulen über ihre Ressourcen, ihre Leistung für die Gesellschaft - in Anlehnung an entsprechende Aktivitäten in den USA, in Großbritannien, in Frankreich etwa - stellt, seien eine völlige Übertreibung, die am Wesen der Hochschulen vorbeiführe. Nun hat das Schicksal für diejenigen staatlichen Vertreter, die sagten, dieses wird auch im Westen gebraucht, eine sehr gütige Fügung genommen, indem uns eine Spielwiese zur Evaluation über andere überreicht worden ist, auf die wir schnell mit großer Vehemenz und mit wenig Wissen, aber sehr durchschlagenden Wirkungserwartungen, gesprungen sind. Dieses ist zweifellos eine sehr interessante Erfahrung. Ich freue mich, daß ich dabei sein kann. .*

*Aber mich bewegt in diesem Zusammenhang noch eine weiterer Aspekt, der uns in den alten Bundesländern betrifft. Wir stecken in unserem Hochschulwesen im Westen durchaus in einem Krisenbewußtsein. Natürlich ist nicht alles falsch; aber es gibt eine ganze Reihe von Problemen. Wir müssen uns in dem Augenblick, wo es zu einem Zusammenlebensprozeß kommt, sehr klar darüber werden, in welchem Maße wir gute Lösungen und schlechte Lösungen haben, wo wir möglicherweise aus Versehen Krisen exportieren und zu welchen neuen Lösungen wir jetzt kommen wollen. Auch dieses ist wiederum ein interessanter Erfahrungsprozeß, bei dem Praxis und Forschung der Hochschulen zusammentreffen müssen. Ich bin darauf unlängst durch eine Konferenz ein bißchen vorbereitet worden, bei*

der je ein gutes halbes Dutzend der bekanntesten Hochschulrektoren oder Präsidenten aus den USA, aus West- und Osteuropa zusammensaßen und darüber debattierten, was eigentlich die Verschiebung der Verhältnisse, die wir im Augenblick erleben, für die Hochschulen der Zukunft bedeutet. Was heißt schneller gesellschaftlicher Wandel und schneller Aufgabenwandel der Hochschulen für die Integrität der Hochschulen? Es hat eine sehr lange Diskussion darüber gegeben, in deren Verlauf ein deutscher Rektor darstellte, wie segensreich und perfekt wir eine neue Lösung im Ostteil unseres Landes schaffen. Da kann ich nur fragen, was haben sich eigentlich bei uns für Vorstellungen über Methode und Qualität der Evaluation in diesem bisherigen Prozeß entwickelt. Welche Ideen von Innovation des Hochschulwesens haben wir denn insgesamt, wenn wir Evaluation betreiben?

Eine weitere Frage ist, wie wir als Wissenschaftler Entscheidungen über die Entwicklung und Bewertung anderer Personen in einem Zusammenhang treffen können, wo politische und wissenschaftliche Qualitätsbewertungen in enger Weise miteinander verstrickt sind. Können wir und sollen wir an einem Prozeß der Planung teilnehmen, bei dem nur ein Teil den Kriterien wissenschaftlicher Relevanz und wissenschaftlicher Qualität folgt?

Es ist sehr schwierig, etwas über die Arbeit von Kommissionen zu beschreiben, wenn man selbst involviert, ein Teil des Tagesrädchens ist. Da läuft ein Prozeß ab, in dem nicht alles, was man erlebt und sagen kann, eigentlich auf ein Podium und in eine öffentliche Diskussion gehört. Gleichwohl denke ich, daß es selbstverständlich ist, sich über Arbeitsweisen, die über die Anonymität einer solchen Kommission hinausgehen, zu verständigen.

Ich beginne damit, daß ich mich an zwei Aspekte beim Einstieg in unsere Arbeit erinnere. Zum einen wurde von Insidern an den Beratungen des Wissenschaftsrates "verkündet", daß der Wissenschaftsrat die Bildung von Kommissionen in dem Augenblick empfohlen habe, wo man das Gefühl hatte, die Aufbruchstimmung im Osten sei vorbei und nun setze "das Mauern" ein. Die Selbstreinigung werde nicht stattfinden.

Ich möchte heute behaupten, daß in die Kommission als einer intermediären Instanz tatsächlich eine temporäre Delegierung von



bestimmten Kompetenzen, die normalerweise die Hochschulsenate haben, erfolgt ist.

Es geht nicht darum, daß diese Kommission einen neuen Typus von Beratungsgremium zwischen Hochschulen und Gesellschaft darstellt, sondern nur eine zeitweilige Instanz für Aufgaben, die eigentlich innerhalb der Hochschulen geleistet werden müßten. Eine Ausnahme besteht darin, gleichzeitig über alle Hochschulen nachzudenken. Im Westen unseres Landes sind solche Vorgehensweisen vor allem bei Neugründungen von Hochschulen praktiziert worden. Die Funktionszuweisungen des Wissenschaftsrats für unsere Kommissionsarbeit waren sehr breit gefächert. Es sollte gehen von einer strukturellen Globalplanung in der Form, wie es zum Beispiel Wissenschaftsrat oder Bund-Länder-Kommission vorsehen, bis hin zu Stellungnahmen zur Bestimmung einzelner Arbeitsfelder, die durch Professuren zu besetzen sind bzw. bis zur Bildung einzelner Berufungskommissionen. Es war nach meiner Ansicht zu erwarten, daß innerhalb der Kommission oder durch die Landesregierung Entscheidungen über Prioritäten zu treffen waren, weil wir sicherlich nicht pausenlos dieses ganze Spektrum miteinander abdecken würden.

An einen zweiten Aspekt möchte ich mich noch erinnern. Meine Einladung zur Mitarbeit in der Hochschulstrukturkommission wurde von der Landesregierung damit begründet, daß es um ganz wichtige und große Entscheidungen ginge, nämlich mit zur Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland beizutragen. Man hätte ja auch etwas anderes sagen können: ein Beitrag zur Innovation, zur Vielfalt. Ich meine, daß ersteres am Ende des Briefes gestanden hat, das war kein Zufall.

Zur Zusammensetzung der Kommission: Wir sind knapp 20 Mitglieder. Davon sind drei Personen derzeitige oder ehemalige Mitglieder des Wissenschaftsrats, ein Mitglied ist Repräsentant der außerhalb der Hochschulen angesiedelten Forschung, vier Personen sind als Gründungsdekane oder Gründer von Institutionen in Sachsen-Anhalt oder anderen neuen Bundesländern tätig, drei weitere Professoren sind Vertreter wissenschaftlicher Disziplinen ohne in vorgenannten Ämtern zu sein, dann - eine Besonderheit der Kommission in Sachsen-Anhalt - gehören dazu noch drei Forscher über Hochschulfragen. Das ist ungewöhnlich. Das Land Sachsen-Anhalt hat in der

Tat behauptet, daß es sinnvoll ist, diejenigen, die über Hochschulfragen forschen, mit in die Arbeit einzubeziehen. Und schließlich sind vier Vertreter der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt in der Kommission.

Die Arbeit und der Kontext der Beratung sind nicht vorzustellen, ohne daß man in diesem Zusammenhang sieht, was der Wissenschaftsrat macht und was er getan hat. In einer Form berührt uns dies sehr direkt. Der Wissenschaftsrat hat in den Hochschulen, zu denen wir kamen, vorher Visitationen durchgeführt, von denen sehr feierlich versichert wurde, daß dieses keine Visitationen mit dem Zweck der Evaluation gewesen seien. Aber es handelte sich um Visitationen, die die Entscheidungen im nachhinein bestimmen sollten. Uns ist immer wieder von den Hochschulen versichert worden, daß dieser Stil, mit dem die Wissenschaftsratskommission durch das Land gezogen sei, so unerfreulich gewesen wäre, daß uns zunächst einmal eine positive Resonanz (die hören wenigstens zu und stellen Fragen) entgegengebracht wurde. Insofern weiß ich nicht, ob es ein Erschwernis oder eine Erleichterung gewesen ist, daß unsere Kommission als zweite durch die Lande zog.

Der Wissenschaftsrat stellt aber auch in anderem Zusammenhang einen bedeutenden Kontext dar. Er hat ja im Laufe des Sommers zu den meisten Fächern sehr detaillierte Aussagen vorgelegt. Wir kamen in eine ganz merkwürdige Lage, indem uns immer wieder mitgeteilt wurde, daß hier nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates gearbeitet würde. Gleichzeitig weigerte sich aber der Wissenschaftsrat, uns schriftlich über die Entwürfe der Empfehlungen zu informieren. Wir erfuhren nur, daß die Empfehlungen, wenn sie fertig sind, so bindend seien, daß das Land nur dann abweichen könne, wenn es die Ressourcen von wo anders her bekomme als aus den Zusammenhängen, über die der Wissenschaftsrat normalerweise entscheidet.

Das zuständige Ministerium ist uns sehr entgegengekommen. Es hat deutlich geäußert, daß es große Hoffnungen auf die Erarbeitung von durchschlagenden Empfehlungen setzt. Die Beratungen fanden in der Regel im Beisein des Staatssekretärs statt. Am Anfang machte sich das Noch-nicht-Vorhandensein eines funktionierenden Ministeriums störend bemerkbar. Zuweilen erfolgten dann Beratungen, die so aussahen, als sitze man vor vollendeten Tatsachen.

Aber überwiegend war es doch umgekehrt, so daß wir ständig über laufende Entscheidungen informiert wurden und im Grunde abweichend von dem Modell der Gesetzgebung pausenlos Zwischenempfehlungen gaben, die unmittelbar in die Entscheidung des Ministeriums einbezogen wurden.

Zur Arbeitsweise: Wir tagen zwei bis drei Tage im Monat und haben uns darauf vorzubereiten. Dafür gibt es schriftliche Vorlagen. Es finden Anhörungen und dann abschließend vertrauliche Beratungen statt. Wir bekommen eigentlich relativ detaillierte Informationen. Aber natürlich ist es eine kurze Zeit, in der entschieden wird. Über die Hauptkriterien diskutieren wir am Fall und nicht vorweg. Mit einem gewissen Abstand betrachtet, kann man sagen, daß es sechs Gesichtspunkte gibt, an denen sich die Kommission orientiert:

- an der Normalstruktur in den alten Bundesländern
- an den zur Verfügung stehenden Ressourcen
- an von der Landesregierung gesetzten Prioritäten
- an den vorhandenen Potentialen
- an Qualitätsmaßstäben und
- an der politischen Beurteilung.

Diese Kriterien werden immer abgearbeitet. Was allerdings sehr schwierig ist, ist die Frage, ob es denn überhaupt im Detailprozeß gelingt, eine Balance zwischen den Kriterien herzustellen. Ich vertrete die Meinung, daß die Angleichung an die westlichen Verhältnisse soweit überwiegt, daß die anderen Kriterien im Vergleich dazu kleine Nuancen sind.

Mitunter wird der Kommission vorgeworfen, daß sie nicht an Europa denkt. Ich bestreite diesen Vorwurf. Man denkt an Europa aber in spezifischer Weise, nämlich an ein Europa der Blöcke nationaler Systeme, die weiterhin so aufeinander treffen; aber nicht an ein Europa der neuen Mischung und Integration von Hochschulsystemen. Das ist etwas anderes, als wenn man nicht an Europa denkt. Den Unterschied muß ich schon hervorheben.



Meine These ist, daß die Diskussion über Differenzierung des ostdeutschen Hochschulwesens um 15 Jahre der westlichen hinterherhinkt. Dazu verweise ich auf die Schrift der Bund-Länder-Kommission, in der sie 1976 ihre ersten Modellversuche ausgewertet hat. Damals schrieb sie: "Wir haben lauter schöne Modellversuche, die interessante Ergebnisse gebracht haben. Sie haben uns aber nicht gesagt, ob das System ganz so bleiben soll oder ganz verändert werden soll." Erst viel später wurde auf Differenzierungen gesetzt: Warum nicht die einen ein wenig so, die anderen ein wenig so! Eine solche Art der Diskussion läßt sich in der Kommission kaum führen. Sie wäre aber sehr nötig.

## 2. Stellungnahmen zum Verlauf der Hochschulerneuerung

### 2.1. Die Sicht beteiligter Rektoren

Zum Zeitpunkt der Wende bestanden in der DDR 54 Universitäten und Hochschulen. In der "Aufbruchzeit" von November 1989 bis etwa Sommer 1990 haben sich an diesen Einrichtungen vielfältige Prozesse der Neuorientierung vollzogen. Getragen wurden sie von dem Wunsch nicht weniger Hochschulangehöriger nach Erneuerung von innen heraus. Inzwischen mehren sich die Stimmen, die dieser hausgemachten Erneuerung wenig Chancen einräumen.

Es ist sicherlich historisch gesehen noch zu früh, um darüber ein abschließendes Urteil treffen zu können. Im Moment bleibt festzustellen, daß die Hochschulerneuerung von innen in ihrer mehr oder weniger großen Unvollkommenheit spätestens im Herbst 1990 von der Hochschulerneuerung von außen eingeholt wurde.

Im einzelnen bedeutet dies:

- Mit dem Übergang der Kulturhoheit auf fünf neue Landesregierungen und den Senat von Berlin/W wurde die einheitliche Hochschullandschaft auf dem Gebiet der DDR abrupt auf Länderinteressen umgestellt.

Die dafür notwendigen Gesetzesgrundlagen entstehen in dem Tempo, in dem es den Landesregierungen gelingt, wirklich arbeitsfähig zu werden und die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sowie der Hochschulstrukturkommissionen umzusetzen.

- Für die neu zu entwickelnde Hochschullandschaft-Ost gilt die Grundstruktur der Hochschullandschaft-West. Das schließt die Untergliederung nach Universitäten und Fachhochschulen ein.  
Gründungsrektoren und -dekane/West sind berufen. Neue Strukturen müssen angenommen werden.
- Die personelle Erneuerung erhält von außen Schlagzeilen. Die Akteneinsicht in die Stasi-Vergangenheit kann aber erst ab Januar 1992 erfolgen und den Prozeß der personellen Erneuerung langfristig von Spekulativem befreien.

An zwei Beispielen soll gezeigt werden, wie im November 1991 von ostdeutschen Rektoren die Situation an ihren Universitäten gesehen wird.

**GÜNTHER LANDGRAF**, Rektor der Technischen Universität Dresden, gab folgenden Situationsbericht:

*Wenn man über die Rahmenbedingungen der Erneuerung einer Hochschule spricht, kann man das nicht tun, ohne auf das Umfeld einzugehen. Die fünf neuen Bundesländer waren im Rahmen der ehemaligen DDR in eine Planwirtschaft einbezogen; es spielte keine Rolle, in welchem einzelnen Land oder in welcher Stadt eine Ausbildung stattfand.*

*Das erste Problem der neuen Rahmenbedingungen ist für uns die Kulturhoheit der Länder. Die unterschiedliche Belegung mit Hochschulen in den einzelnen Bundesländern ergibt vollkommen verschiedene Bedingungen. So liegen etwa im Land Brandenburg ganz andere Verhältnisse als im Freistaat Sachsen vor. In Brandenburg gab es fast keine universitären Einrichtungen. In Sachsen wurden 42 Prozent aller Studenten der ehemaligen DDR ausgebildet. Bei den Ingenieurberufen waren es sogar 60 Prozent. Von 54 DDR-Hochschulen lagen 22 in Sachsen. Deshalb wäre für die nächste Zeit ein bestimmtes Konzept der Zusammenarbeit der neuen Länder doch sinnvoll. Es gibt regelmäßige Gespräche, bei denen die Kultusminister und die Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenzen zusammentreffen. Diese Beratung fand dieses Jahr in Schwerin statt, und wir hatten dort einen solchen Vorschlag unterbreitet. Er ist von den Kultusministern der neuen Länder rigoros abgelehnt worden. Jedes Land möchte seine eigene Politik betreiben und in keiner Weise mit den anderen kooperieren. So sind die Verhältnisse! Am Rande möchte ich noch bemerken, daß auch die Gesetzgebung in den einzelnen Ländern verschieden weit fortgeschritten ist. Das Land Brandenburg hat schon ein Hochschulgesetz, wie es dem Hochschulrahmengesetz entspricht ( nach dem Einigungsvertrag bis zum 3. Oktober 1993 vorgesehen); in den anderen Ländern gibt es Hochschulerneuerungsgesetze oder ähnlich genannte Gesetze, die erst einmal einen Übergang sichern sollen.*

*Das zweite Problem ist die Bildung von Fachhochschulen. In den westlichen Bundesländern ist der Begriff Fachhochschule schon ein sehr geläufiger Begriff. In den neuen Bundesländern müssen wir*

uns damit erst vertraut machen. Ich möchte sagen, daß die Irritationen, die in den neuen Bundesländern bezüglich der Bildung von Fachhochschulen aufgekommen sind, auch mit auf Diskussionen aus den alten Bundesländern zurückzuführen sind. Wenn ich an einer Sitzung der Hochschulrektorenkonferenz teilnehme mit - sagen wir - 20 Tagesordnungspunkten, dann wird meist jeder Punkt in fünf Minuten abgehandelt. Aber wenn das Wort Fachhochschule fällt, dann ist unter einer Stunde nichts zu machen. Insofern gab und gibt es bei uns noch keine richtigen Vorstellungen, was Fachhochschulen wirklich leisten. Die Meinung ist verbreitet, daß Technische Hochschulen, wenn sie zu Fachhochschulen umgestaltet würden, eine Degradierung erfahren. In Sachsen betrifft das die Technische Hochschule in Zwickau, die Technische Hochschule in Zittau, die Verkehrshochschule in Dresden, die Technische Hochschule in Leipzig. Alle diese Hochschulen sollen nach Empfehlung des Wissenschaftsrates Fachhochschulen werden. In anderen neuen Bundesländern, in denen es fast keine Technischen Hochschulen gab, ist die Entwicklung schon weiter fortgeschritten. Ich denke an Mecklenburg-Vorpommern (mit Ausnahme der Technischen Hochschule in Wismar), an Sachsen-Anhalt und Thüringen. Bei uns in Sachsen existiert noch kein Strukturgesetz, während in den anderen Ländern die Struktur doch relativ festliegt. Aber das Strukturgesetz für das gesamte Bundesland hat natürlich Einfluß auf die Struktur jeder einzelnen Hochschule, auf den Personalbestand jeder einzelnen Hochschule. Deshalb erwarten wir mit großer Gespanntheit, daß nun endlich das Strukturgesetz in Sachsen zur Diskussion gestellt wird. Von unserem Ministerium erfahren wir von Woche zu Woche, daß es im Kabinett besprochen werden soll, aber jedesmal wird diese Besprechung wieder verschoben. Ich sehe ein, es gibt unter Umständen wirtschaftlich wichtigere Dinge als das Hochschulwesen; aber eine solche Verfahrensweise hat große Auswirkungen. Die Ungewißheit über die Zukunft ihrer Arbeitsstelle veranlaßt viele Wissenschaftler und Mitarbeiter, die Hochschule zu verlassen. Dabei handelt es sich um die mobilsten und fähigsten Kräfte. Wenn wir nicht schleunigst Gewißheit bekommen, dann haben wir in einigen Fachrichtungen Probleme, die Lehre im nächsten Frühjahrssemester aufrechtzuerhalten.

Das dritte Problem ist das Verhältnis zwischen der Kommission des Wissenschaftsrates und der Landesstrukturkommission. Die Landesstrukturkommission hat meiner Ansicht nach die Aufgabe, das glo-



bale Konzept für das Land herzustellen und ist deshalb fachlich sehr verschieden zusammengesetzt, damit sie zu jedem Fach etwas sagen kann. In Sachsen ist es so, daß die Landesstrukturkommission sich aufsplittet und für einzelne Teilaufgaben auch Entscheidungen trifft. Meines Erachtens waren die Kommissionen des Wissenschaftsrates - ich habe selbst in zwei von ihnen mitgewirkt - besser zusammengesetzt. Da bestand für ein Fach eine Kommission aus ungefähr 20 Experten; in unserer Landesstrukturkommission ist ein Fach durch drei Mitglieder repräsentiert, wovon nur ein Mitglied überhaupt Fachvertreter ist. Deshalb meine ich, daß die Vorschläge des Wissenschaftsrates - so wie ich sie jedenfalls aus den Empfehlungen lesen konnte - doch relativ fundierter sind. Die Landesstrukturkommission sollte sich nicht in Detailprobleme begeben, sondern die Globalprobleme für ein Land lösen.

Kommen wir nun direkt auf das Hochschulsystem im Freistaat Sachsen zu sprechen. Wir hatten 22 Hochschulen. Mit der Abwicklung sind 3 Hochschulen insgesamt nicht mehr existent, während an allen anderen Hochschulen nur ideologisch stark beeinflusste Teilbereiche abgewickelt wurden. Das betraf nicht die Bereiche Marxismus-Leninismus (sie waren schon vor der Abwicklung alle in Eigeninitiative der Universitäten und Hochschulen aufgelöst worden), sondern im wesentlichen die Bereiche Wirtschaftswissenschaften, Jura, Sprachwissenschaften und ähnliches. Dort haben wir mit einem Neuaufbau nach der Abwicklung begonnen. Das geschieht dadurch, daß in den entsprechenden Fakultäten Gründungsdekane aus den alten Bundesländern bestellt werden, die mit Gründungskommissionen - zusammengesetzt aus Wissenschaftlern der alten und neuen Bundesländer - versuchen, die Fakultäten neu aufzubauen.

An der Technischen Universität in Dresden wurde auf diese Weise eine Juristische Fakultät ganz neu gegründet. Sehr viel Hilfe erhielten wir von Baden-Württemberg. Das Studium läuft seit April dieses Jahres. Im Oktober haben wir auch wieder neu immatrikuliert. Es gibt eine ganz hohe Bewerberanzahl, und die Studenten sind sehr zufrieden.

Wir haben ferner die sozialistische Betriebswirtschaft zu einer Fakultät Wirtschaftswissenschaft umprofiliert. Auch hier gibt es

## LANDGRAF

einen Gründungsdekan/eine Gründungskommission. Das Studium läuft nach vollkommen neuen Ausbildungsplänen, wobei ich überhaupt sagen möchte, daß das nicht nur die abgewickelten Einrichtungen betrifft, sondern auch alle anderen Fachrichtungen. Für sämtliche Studiengänge wurden neue Studienpläne entwickelt. Sie lehnen sich an die Fakultätentage an, von denen wir aus den alten Bundesländern in dieser Beziehung große Unterstützung erfahren haben. Heute tagt zum Beispiel der Fakultätentag der Architektur an unserer Universität in Dresden.

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät lehrt in fünf Studiengängen: Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik, Wirtschaftsingenieurwesen und Wirtschaftspädagogik.

In Gründung befindet sich ferner eine Geisteswissenschaftliche Fakultät. Die Geisteswissenschaft hat an der Technischen Universität Dresden eine alte Tradition. Sie gab es als Allgemeine Fakultät schon seit der Gründung der Universität. Durch das SED-Regime wurde sie auf Marxismus-Leninismus und einige Probleme der Philosophie und Kunstgeschichte zurückgeschnitten. Nun soll es wieder eine vollkommen ausgestattete Geisteswissenschaftliche Fakultät werden.

Wir sind ferner dabei, eine Erziehungswissenschaftliche Fakultät aufzubauen. Nach einem Kabinettsbeschuß in Sachsen gibt es die Pädagogischen Hochschulen ab Wintersemester 1992 nicht mehr. Die Lehrerausbildung erfolgt dann in Studiengängen an den Universitäten. Zur Zeit arbeitet eine paritätisch zusammengesetzte Integrationskommission, die diesen Prozeß zwischen der Pädagogischen Hochschule in Dresden und der Technischen Universität vorbereitet. Auch an anderen Stellen, wo es Pädagogische Hochschulen gibt, wird deren Ausbildung in die Universitäten integriert.

Es ist schließlich vorgesehen - auch dafür haben wir seit vergangener Woche einen Gründungsdekan, daß an der Technischen Universität eine Medizinische Fakultät aufgebaut wird. Forschung und Lehre zur Medizintechnik wurde schon seit langem durchgeführt. Nun glauben wir, daß es eine gute Zusammenarbeit zwischen der Medizin und der Medizintechnik geben wird. Die Medizinische Fakultät soll natürlich zusammen mit Kräften, die sich schon in der Medizinischen Akademie in Dresden bewährt haben, erstellt werden.



Das Grundstudium wird von unserer Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät übernommen.

L A N D G R A F

So ergänzen wir mit fünf neuen Fakultäten unser ingenieurwissenschaftliches und naturwissenschaftlich-technisches Profil doch um einiges.

Bei all diesen Aktivitäten bereitet uns die personelle Überprüfung viele schwere Entscheidungen. Sie geschieht durch Personalkommissionen, die die Integrität der einzelnen Wissenschaftler beurteilen und durch Fachkommissionen, die über die fachliche Kompetenz befinden sollen. Der Aufbau dieser Kommissionen ist sehr langwierig. Wir sind derzeit dabei, daß die ersten Personalkommissionen mit der Arbeit beginnen. Um den Prozeß der personellen Erneuerung zu forcieren, hat das Ministerium nach Anstoß durch die Personalkommissionen in bestimmten Fällen über Anhörung bereits Entscheidungen gefällt. In sehr vielen Fällen ist dies zu begrüßen. Es gibt aber auch Fälle, wo wir der Meinung sind, daß eine bloße Unterschriftsleistung für Stasi-Mitarbeit - bezogen auf fachliche Sachverhalte und genutzt, um Mißverhältnisse im SED-Staat zu mildern - nicht ausreicht, um auf die weitere Mitarbeit dieser Menschen zu verzichten. Wenn diese Wissenschaftler auch noch für die Hochschulerneuerung einen großen Beitrag geleistet haben, dann halten wir es nicht für angemessen, sie nur rein formal aus dem Hochschuldienst zu entlassen. Auch hier hat die angesprochene Fluktuation ihren Nährboden. Wenn Wissenschaftler, die nach der Wende positiv hervorgetreten sind und sich vor der Wende auch um kritische Distanz bemüht haben, einfach aus dem staatlichen Dienst entfernt werden, was soll dann mit den vielen anderen passieren?

Deshalb sind wir so sehr daran interessiert, daß die Personalkommissionen sehr schnell zum Arbeiten kommen und daß sich ihre Beurteilung nicht auf Sonderfälle, sondern auf alle Wissenschaftler der Universitäten bezieht.

Das gleiche ist vorgesehen für die Fachkommissionen. Sie sollen paritätisch aus Vertretern der alten und neuen Bundesländer zusammengesetzt werden. Hier möchte ich mich bei den Wissenschaftlern der alten Bundesländer bedanken, die sich bereit erklärt haben, in diesen Fachkommissionen mitzuarbeiten und uns Unterstützung zu geben. Die Beurteilung von fast 3.000 Wissenschaft-

*immense Arbeit, die in den Fachkommissionen geleistet werden muß.*

*Wir sind optimistisch, trotz aller Probleme voranzukommen. Unsere Universität genießt in den alten Bundesländern und auch in vielen westeuropäischen Ländern ein gutes Ansehen. Das wollen wir nicht verspielen.*

Aus der Sicht der Humboldt-Universität zu Berlin, deren Rahmenbedingungen für Hochschülerneuerung sich von den übrigen neuen Bundesländern in einigen Punkten unterscheiden, kommentierte im November 1991 der damalige Rektor, HEINRICH FINK, die Situation wie folgt:

*Wir haben heute einen historischen Tag, denn das Konzil - wie wir es nach unseren eigenen erarbeiteten Statuten und Satzungen einberufen haben - wird heute zum letzten Mal tagen. Ab 1. Januar 1992 sind wir dann dem allgemeinen Berliner Hochschulgesetz - dem Rahmengesetz - angeschlossen.*

*Die Frage nach den Rahmenbedingungen für die Hochschülerneuerung möchte ich gerne in drei Schritten beantworten.*

*Erstens: Diese Universität ist stolz darauf, sehr viel zu ihrem eigenen Rahmen beigetragen und selbst geschaffen zu haben. Am 17. 10. 1989 stellten die Studenten hier auf dem Hof - bevor die Mauer gefallen war - drei Bedingungen : Wissenschaft darf nicht mehr instrumentalisiert werden; Studenten sollten nicht von anderem als von der Erkenntnis wissenschaftlicher Arbeit geleitet werden; alle Einrichtungen der Instrumentalisierung - SED-Kreisleitung, FDJ-Kreisleitung, Marxismus-Leninismus - sollten aus dieser Universität verschwinden. Die Studenten haben diese Forderungen in den folgenden zwei Jahren immer wieder eingeklagt. Durch demokratische Wahl hat sich die Universität das Konzil geschaffen - bestehend aus 500 Mitgliedern, ein verfassungsgebendes Konzil. In der Präambel der Verfassung steht:*

*Im Bewußtsein ihrer Verpflichtung, alle Zeit die Wissenschaften zum Wohle der Menschen zu pflegen und zu entwickeln sowie der Bewahrung des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, der Umwelt und der sozialen Entwicklung zu dienen;*

*eingedenk der von Wilhelm und Alexander von Humboldt gegründeten humanistischen Tradition und der wissenschaftlichen Leistung vieler Gelehrter, die an der Berliner Universität wirkten;*

*getragen von der Verantwortung, den hohen Rang der Humboldt-Universität zu Berlin in der Kultur-, Kunst- und Wissenschaftslandschaft zu bewahren sowie ihr Ansehen zu mehren;*

*von dem Wunsch erfüllt, die Freiheit von Lehre, Forschung und Studium als unveräußerliches Grundrecht zu sichern, die Zusammenarbeit und die Solidargemeinschaft aller Forschenden, Lehrenden, Lernenden zu ermöglichen und alle Angehörigen der Universität in sachlicher Weise in die Gestaltung der gemeinsamen Arbeit einzubeziehen;*

*und eingedenk der Notwendigkeit, daß kein Mitglied und kein Angehöriger der Universität aus politischen, religiösen, weltanschaulichen oder rassischen Gründen in seinem Recht auf Freiheit von Lehre, Forschung und Studium behindert oder von der wissenschaftlichen und beruflichen Entwicklung ausgeschlossen werden darf,*

*haben die freigewählten Mitglieder des Konzils der Humboldt-Universität das folgende Statut beschlossen... .*

*Das Statut, meine ich, gibt uns die Möglichkeit, in einer wissenschaftlichen Gemeinschaft miteinander für die Ausbildung der Studenten, für die Erkenntnisprozesse, die Studenten haben sollen, zu arbeiten und Forschung zu betreiben. Trotz der ehemaligen Verordnung "Lehre an der Universität, Forschung an der Akademie" hat es sich diese Universität nie nehmen lassen, forschend zu lehren und lehrend zu forschen. In dem Statut ist deutlich gemacht worden, daß alle, die an dieser Universität arbeiten, an ihrer demokratischen Entwicklung beteiligt sein werden.*

*Schließlich haben wir uns, so schnell es ging, nach Räumen umgesehen, denn diese Universität hat zu wenig Räume - und*



alle Räume, in denen diese Universität ist, gehören ihr nicht. Auf jeden Raum dieser Universität sind inzwischen Restitutionsansprüche gestellt worden, selbst das Hauptgebäude unter den Linden ist preußischer Kulturbesitz und somit in den Reichsbesitz übernommen worden. Vorübergehend war es uns gelungen, für die neu zu berufenden Kolleginnen und Kollegen eine Kaserne in unmittelbarer Nähe (die alte preußische Kaserne) durch einen entsprechenden Vertrag - verabschiedet vom Kabinett de Maizière - zu bekommen. Diese Kaserne hätte uns sehr gute Bedingungen für weitere Räume gegeben. Inzwischen ist auch dieser Ort vom Bundesvermögensamt eingezogen worden. Somit kämpfen wir jetzt um jeden Quadratmeter, den wir dann in Zukunft mit 78 DM pro Quadratmeter/pro Monat zu bezahlen haben. Das heißt, die existenzielle Not dieser Universität ist wohl kaum wie an einer anderen Universität vorhanden. Trotzdem meinen wir, werden wir es wagen, einen Universitätscampus in der Mitte der Stadt zu haben und ihn auch entsprechend zu nutzen.

Die Landesregierung hat beschlossen, daß in dieser Stadt drei Universitäten arbeiten werden. Die Humboldt-Universität war in ihrer Existenz nie umstritten. Durch ein entsprechendes Mantelgesetz ist ihr eine Kuratorialverfassung zugesprochen worden, und damit ist sie gleichberechtigt mit den anderen beiden Universitäten in Berlin. Dieses Mantelgesetz hat uns in die Wissenschaftslandschaft in Berlin mit hineingepflanzt. Wir werden uns in dieser Wissenschaftslandschaft mit den Möglichkeiten, die wir haben, in entsprechender Konkurrenz behaupten.

**Zweitens:** Wir haben in der Erneuerung dieser Universität deutlich gemacht, daß es uns darauf ankommt, eine Erneuerung von innen und eine Erneuerung mit den vorhandenen Menschen zu erreichen. Das heißt nicht, daß wir jeden hierbehalten oder verteidigen wollen, aber wir meinen, daß die Erneuerung, wenn es eine solche sein soll, von innen kommen muß. Dazu wurde und wird sich weiter in einer entsprechenden Ideengemeinschaft der Erneuerung mit der Technischen und Freien Universität beraten. Viele haben die Befürchtung geäußert, daß die Freie Universität darauf dränge, uns zu verschlucken. Ich meine, daß wir unsere Selbständigkeit gerade durch das Gespräch mit der Freien Universität immer wieder neu beweisen können. Wir haben allerdings, als die Landesregierung beschlossen hat, einige Fachbereiche in dieser Universität abzuwickeln, überlegt, ob das eine mögliche Form des Umgangs mit

einer Universität ist. Auch hier geht es uns nicht darum, daß wir Fachbereiche, die nicht wieder errichtet werden sollen, nicht abwickeln wollen. Dieses hatten wir in den Fällen Marxismus-Leninismus, Kriminalistik und Wissenschaftstechnische Organisation fast schon getan, bevor das Abwicklungsgesetz gekommen ist. Wir meinen aber, daß die fünf von Abwicklung betroffenen Fachbereiche, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Geschichte, Philosophie, Erziehungswissenschaft, konstitutiv für diese Universität seit ihrer Gründung sind und deshalb Abwicklung nicht die richtige Methode für ihre Erneuerung sein kann. Nach gründlicher Durchsicht des Einigungsvertrages stellten wir fest, daß nicht abgewickelt werden kann, was neu eingerichtet werden soll. Auf eine entsprechende Klage bekamen wir in der zweiten Instanz recht. Damit haben wir uns aber eine unendlich schwere Arbeit aufgehalst, denn Abwickeln ist offenbar leichter als einen entsprechenden Erneuerungsprozeß von innen zu führen. Die Studenten haben für alle Fachbereiche Personal- und Strukturkommissionen zur Evaluierung gefordert, jeweils in der Zusammensetzung der Gremien der Universität und mit drei Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern besetzt, sowie eine zentrale Personal- und Strukturkommission mit drei Rektoren aus den alten Bundesländern. Wir sind in diesem Prozeß sehr engagiert und hoffen, daß wir ihn jetzt mit dem Jahresende bald abschließen können. Durch die Kuratorialverfassung und eine entsprechende Personalkommission, die durch das Ergänzungsgesetz unter der Leitung des Senators steht, erfolgen fast wöchentlich Kündigungen und entsprechend eine Erneuerung der Personalstruktur in dieser Universität. Seit dem 1.1.1990 haben 2.000 Menschen diese Universität verlassen, davon 150 Professoren auf der Basis des Einigungsvertrages.

**Drittens:** Zur Rahmenbedingung gehören der Stellenplan und der Haushaltsplan. Wir sind froh, innerhalb der Wissenschaftslandschaft einen eigenen Stellenplan und einen eigenen Haushaltsplan zu haben. Sicherlich gibt es Rivalitäten gerade hier auch mit den anderen Universitäten, die müssen wir durchstehen. Der Wettbewerb wird für uns Herausforderung sein.

Die Neuausschreibungen auf der Grundlage der freien Stellen in Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Geschichte, Philosophie und Erziehungswissenschaft haben zu intensiver Bewegung in dieser Universität geführt. Auf die ausgeschriebenen Stellen kamen in der Rechtswissenschaft beispielsweise bis zu 280 Bewer-

ber auf eine Stelle. Dies waren nicht nur WissenschaftlerInnen, die in den alten Bundesländern keine Chancen mehr sehen, sondern sehr viele Kolleginnen und Kollegen, die sich von C 4-Stellen und C 3-Stellen aus hier bewerben. Wir haben inzwischen drei Historiker berufen, drei Erziehungswissenschaftler und 18 Verhandlungen laufen im Augenblick. Die entsprechenden Prozesse sind gerade für diese Universität sehr hart. Es ist uns gelungen, bisher nur die Stellen auszuschreiben und die Stellen zu besetzen, die durch eigene Evaluierung frei geworden sind. So sind im Fachbereich Erziehungswissenschaften, der ehemals 36 Professorenstellen hatte, nun nur noch zwei Professorenstellen besetzt, so daß 34 ausgeschrieben werden konnten. Das ist nach meiner Meinung auch ein positiver Prozeß in dieser Universität.

Es nützt uns nichts, uns auf Traditionen zu berufen. Was wir jetzt tun müssen, ist in der Tat mit den Bedingungen, die wir haben, nicht nur auszukommen, sondern sie ständig zu verbessern. Zu unserer Freude gehört, daß wir die höchsten Immatrikulationszahlen seit der Gründung dieser Universität haben. Im vergangenen Jahr waren es 5.200, in diesem Jahr sind es 4.800 Studenten. Davon kommt ein nicht geringer Teil aus den alten Bundesländern, in der Regel fast in allen Fachbereichen 12 bis 15 Prozent und in den nun großen NC-Fächern, wie gerade Veterinärmedizin, 68 Prozent. Das hängt aber auch mit der Tradition dieser veterinärmedizinischen Fachrichtung zusammen. Diese Universität will mit ihrer Geschichte leben - und die Mitarbeiter wollen mit ihrer Biographie versuchen, das zu gestalten, was sie als ihren eigenen Auftrag in dem entsprechenden Vorwort ihres Statutes zum Ausdruck gebracht haben.



## 2.2. Standpunkte zur Personalerneuerung

Wie die vorangegangenen Ausführungen bereits erkennen lassen, ist Hochschulerneruerung ein strukturelles und ein personelles Problem. Obwohl beide Bereiche sehr eng miteinander verwoben sind - ohne Wissenschaftler keine neuen Strukturen, ohne neue Strukturkonzepte keine Stellenpläne, ohne Stellenpläne keine Berufungen und Einstellungen der Mitarbeiter und so weiter, ist die UngeWißheit der Wissenschaftler über ihre weitere berufliche Existenz die am stärksten bedrückende, vielleicht sogar manche guten Ansätze lähmende Begleiterscheinung der Erneuerung an den Hochschulen. Nicht wenige Hochschulangehörige empfinden die Umgestaltung fast nur noch als einen Prozeß, bei dem die Hälfte von ihnen aus den verschiedensten Gründen nicht schlechthin nur ihren Arbeitsplatz sondern ihre berufliche Existenz verliert. Die Folge ist, daß befähigte Wissenschaftler die Hochschulen verlassen, weil sie an anderer Stelle gefragt sind. In den Hochschulen aber wächst die Sorge, wie unter diesen Bedingungen in manchen Studienrichtungeng für weitere Monate der Lehrbetrieb gesichert werden kann.

Das Damoklesschwert, das über den Häuptern der Hochschulangehörigen schwebt, heißt Evaluierung. So ist beispielsweise im sächsischen oder im anhaltinischen Hochschulerneruerungsgesetz festgelegt (§ 75 bzw. § 64), daß zur Erneuerung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes zu prüfen sei, "... welche Hochschullehrer und Mitarbeiter nicht über die erforderlichen Voraussetzungen für ihre Tätigkeit verfügen, weil sie 1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit ... verstoßen haben... oder 2. nicht über die für ihre Aufgaben erforderliche fachliche Kompetenz und persönliche Eignung verfügen...". Im weiteren verlangt der Gesetzgeber, daß die Überprüfung der Voraussetzungen nach [1.] durch Personalkommissionen und nach [2.] durch Berufungskommissionen bzw. Fachkommissionen an den Hochschulen zu erfolgen habe.

JAN OLBERTZ, Dozent an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und mit der Leitung eines Instituts beauftragt, artikulierte im November 1991 seine Ratlosigkeit hinsichtlich bestimmter Probleme der Personalevaluierung in einer Reihe von Fragen, auf die es (noch) keine befriedigenden Antworten gibt:

*Wie stellt sich das Problem der Evaluierung aus dem Inneren einer Universität heraus dar?*

*Da ist als erstes das Problem der Kriterien. Wer findet geeignete Kriterien für das Sammelmerkmal "persönliche Integrität"? (Wissenschaftliche Kompetenz dürfte wahrscheinlich eher feststellbar sein). Kriterien, wie Verstöße gegen die Menschlichkeit und Behinderung Anders-Denkender, Abbruch von Existenzen Anders-Denkender, Ausnutzung von Parteistrukturen für persönliche Zwecke oder gegen die Intentionen anderer, mögen wichtige Hinweise geben; aber reichen sie aus, um das vielfältige Geflecht persönlicher Betroffenheit oder Nicht-Betroffenheit in jedem Einzelfall ausloten zu können?*

*Als zweites stellt sich die sehr kritische Frage, wie die personelle Zusammensetzung der Kommissionen zustande gekommen ist. Die Antwort ist: Nicht so demokratisch, wie man sich das wünschen könnte. Aber kann man überhaupt einen demokratisch gestalteten Ausstieg aus einer nicht demokratischen Gesellschaft leisten? Ist Demokratie im Handumdrehen möglich oder wird man durch eine Phase gehen müssen, in der demokratische Verfahrensweisen einfach versagen. Wenn daraus der Schluß zu ziehen ist, daß zunächst andere Verfahren zu nutzen sind, die nicht automatisch undemokratisch, aber eben auch nicht recht demokratisch sind, dann bleibt die Frage: Verlernen wir nicht Demokratie in einer Zeit, wo wir gerade Demokratie üben sollten und könnten? Was machen wir dann, wenn uns Hochschulerneuerung gelungen ist und wir nicht mehr demokratiefähig sind?*

*Ich kann nur sagen: Hätten wir die Personalkommissionen wirklich frei gewählt, dann hätten wir auch die Parteistrukturen wieder einsetzen können. Es wäre weitgehend identisch gewesen.*

*Als drittes frage ich nach den Arbeitsweisen der Personalkommission und den Quellen, derer sie sich bedient. Gefordert wird konsequente Einzelprüfung, Anhörung. Es sollen keine Schablonen, keine Raster Verwendung finden: Daß jemand Mitglied war, besagt noch nichts. Es muß darum gehen, die individuelle Genesis von persönlicher Verwicklung und Betroffenheit durch Studium der*

dokumentierten  
Hintergründe  
zu erhellen.

OLBERTZ / GOLDSCHMIDT

Aber dabei gelingt es nicht, alte Ressentiments, alte Rechnungen aus diesen Vorgängen herauszuhalten; denn die Universität war nicht harmonisch, wie es die westlichen übrigens auch nicht sind. Nur ihnen blieb es bisher erspart, en bloc Ressentiments aufzurechnen und unter dem Stichwort Hochschulerneruerung lebendig zu machen.

Zwei Phänomene sind zu beobachten. Einerseits ist es eine große Versuchung, eigene wissenschaftliche Erfolglosigkeit nachträglich zu politisieren. Andererseits sind Belastung und Kompetenz merkwürdigerweise zwei Brüder. Das hängt mit der Geschichte der DDR-Hochschule zusammen, wo man Kompetenz insbesondere dann erwerben konnte, wenn man gleichzeitig auch ein gewisses Maß an Konformität einging. So haben wir heute die Mischung von belasteter Kompetenz, die nicht mehr einsetzbar ist und unbelasteter Inkompetenz.

In meiner kurzen Betrachtung fehlen schließlich noch die Ergebnisse der Evaluierung. Welche persönliche Perspektive ergibt sich aus dem Votum der Personalkommission? Was nützt das positive Votum, wenn das Aufgabengebiet aufgrund von ökonomischen Restriktionen wegfällt? In Halle fordert deshalb die Vertretung des akademischen Mittelbaus mit Nachdruck, den notwendigen Stellenabbau erst zu beginnen, wenn die Personalevaluierung beendet ist. Ich bin skeptisch, ob es gelingen wird.

Aber eines weiß ich sicher, daß sich Hochschulerneruerung ausschließlich von innen heraus in der Tat als nicht möglich erwiesen hat und auch historisch ohne Präzedenz ist.

DIETRICH GOLDSCHMIDT, Emeritus am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin vertieft die Diskussion um das Stichwort Evaluierung mit folgendem Ausführungen:

Wie mühsam, widerspruchsvoll und quälend das Unterfangen der Evaluierung ist, läßt vorstehender Beitrag von Jan Olbertz besonders deutlich erkennen. Die Verquickung der Bewertung von politischem Verhalten, wissenschaftlicher Qualifikation und Erfolg oder Mißerfolg in der Karriere der einzelnen Wissenschaftler,

verbunden mit der auferlegten Einsparung von Stellen und mit der Last sozialer Verantwortung in Fällen der Entlassung, belastet die Evaluatoren. Ich empfehle dazu die Lektüre der 103 "Evaluationssplitter" des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Dieter SIMON, in Heft 10 des Rechtshistorischen Journals.

Ich möchte mit Nachdruck zwei wiederholt geäußerte Anregungen aufnehmen:

1. Die über 240 Universitäten und Hochschulen verschiedener Art in der alten Bundesrepublik sollten ähnlich durchleuchtet werden! Nicht alles, was dort glänzt, ist Gold!

2. Die Studierenden sollten förmlich das Recht erhalten, die von ihnen besuchten Lehrveranstaltungen nach bestimmten Kriterien, wie Vorbereitung, Stoffauswahl und Lehrgeschick des Dozenten, Anforderungen an die Studierenden u. a. m. zu beurteilen. Dieses Verfahren ist in zahlreichen Colleges und Universitäten der USA seit langem eingeführt und hat sich bewährt. Die Bewertung durch die Studierenden anhand eines sorgfältig angelegten Fragebogens ist ein wichtiges Element in der Gesamtbeurteilung eines akademischen Lehrers.

Persönlich erinnern mich die eiligen, leider nicht immer adäquaten allseitigen Evaluationen im Bereich von Wissenschaft und Lehre an meine Erfahrungen nach dem zweiten Weltkrieg.

Nach Verfolgung durch das braune Regime bin ich von der Wiedereröffnung der Universität Göttingen im September 1945 bis zum Sommer 1956 an dieser als Mitherausgeber der reformengagierten Göttinger Universitäts-Zeitung und als Assistent für Soziologie tätig gewesen. In letzterer Stellung hatte ich vor allem zur Aufgabe: Forschung über die Karrieren deutscher Hochschullehrer, über ihre Wissenschaftskonzepte und über die Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses. Welches Licht fällt von den damaligen Erfahrungen in Westdeutschland auf die gegenwärtige Evaluation der Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR?



*Ich kann bezeugen: Im Mai 1945 hatten keine Revolution und kein radikaler Eingriff eines Siegers*

G O L D S C H M I D T

*einen wirklich neuen Anfang ausgelöst, sondern die Westdeutschen und die zu ihnen gestoßenen Flüchtlinge aus dem Osten - alle besiegt, hungrig, betäubt und ideenarm - konnten unter der Kontrolle der drei Siegermächte nur dort wieder anknüpfen, wo sie sich 1932 befunden hatten und dann in den Untergang ihres Reiches führen ließen. Im September 1945 durfte die Universität Göttingen nach relativ geringen institutionellen und personellen Korrekturen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Politisch nach ihrem ganzen Verhalten unzweifelhaft belastete Professoren, deren Gesinnung sich auch in ihrer Lehre deutlich niedergeschlagen hatte, waren zunächst von der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit ausgeschlossen. Doch für eine unvoreingenommene, offene Verarbeitung des Geschehenen samt seiner historischen Wurzeln und für eine Erneuerung der Universität von innen heraus war die Zahl der dazu bereiten und geeigneten Kräfte viel zu gering.*

*Alliierte, bald aber auch deutsche Entnazifizierungsausschüsse und Spruchkammern teilten die Lehrkräfte ein nach Kategorien. Wieviele waren wirklich unbelastet oder hatten womöglich gewagt, sich als Kritiker des Regimes zu erkennen zu geben?! In akademischen "Seilschaften", wie man heute sagen würde, reinigten die Kollegen einander mit Entlastungszeugnissen, den sogenannten "Persilscheinen". Zudem waren die Kartei der Mitglieder der NSDAP und ihrer wichtigen Organisationen in Berlin-Dahlem und etwaiges weiteres Belastungsmaterial in Washington unter der restriktiven Kontrolle der Besatzungsmacht USA. Akten der Ministerien Preußens und des Reichs waren in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR nicht zugänglich. Oft hat es wohl auch an Interesse gemangelt, danach zu suchen! Glücklicherweise konnten sich jene zahlreichen Professoren ("Bekenner") preisgeben, die als "Mitläufer" eingestuft wurden und bald ihre Stellung samt Gehalt wieder einnehmen konnten.*

*Mit der Währungsreform 1948, spätestens 1949 zur Zeit der Gründung der BRD, waren die Lehrpersonen fast ausnahmslos wieder in Amt und Brot. In Anknüpfung an die institutionelle Situation von 1943 konnte die restaurative Reform der Universitäten ihren Lauf nehmen.*

Was hieß dies praktisch? Nationalsozialistischer Hybris, vor allem antisemitischer Ideologie, war

bereits vor Hitlers Wahl zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 an den Universitäten vielerorts Vorschub geleistet worden. So gut wie widerstandslos haben diese dann antisemitischen Gesetzen Folge geleistet und rassistische Lehren sich ausbreiten lassen. Viele Wissenschaftler wurden auf diese Weise mitschuldig am Verrat der Humanität, der Auschwitz möglich gemacht hat. Nach dem 8. Mai 1945 wurde das Ruder durch die Sieger anscheinend herumgeworfen. Braune Gesetze und Irrlehren waren sofort außer Kraft gesetzt beziehungsweise verboten worden, von der Oberfläche verschwunden; doch das nationalbewußte, um nicht zu sagen, nationalistische bürgerliche Denken im Rahmen traditioneller hierarchischer Ordnung blieb weithin erhalten. Diese Einstellung vieler verbliebener Wissenschaftler half, das eigene Versagen zu verdrängen; ihre Borniertheit und der enorme Aderlaß im Lehrkörper aufgrund politischer und rassistischer Verfolgung, zu dem Kriegsverluste hinzugekommen waren, wurden zu einer schweren Last der Universitäten, an der jahrzehntelang zu tragen war, ja, in mancher Hinsicht noch heute zu tragen ist.

Geschichte läßt sich nicht abschütteln. Gerade die schwere moralische Niederlage der verbliebenen Professorenschaft und die geringe Widerstandskraft der Institution Universität zeigen ihre Spuren bis heute. Inzwischen sind die seinerzeitigen Hochschullehrer ausnahmslos aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Dessen unbeschadet dürfte der pragmatische Funktionalismus als heutzutage vorherrschendes wissenschaftliches Paradigma - allenfalls zu "middle range theories" bereit, doch fern weitergehender theoretischer Reflexionen - unter anderem ebenso seine Wurzel in der geschichtlichen Erfahrung haben, wie umgekehrt aus geschichtsbewußtem Denken vielfach die Einsicht in die gesellschaftliche Bedingtheit und Verantwortung der Wissenschaft gerade in Deutschland wohl mehr als in vielen anderen Ländern herausgearbeitet und betont wird. Die Last des Holocaust bleibt zu tragen.

Bevor ich auf den Vergleich von Entnazifizierung 1945 ff. und Evaluierung 1990 ff. näher eingehe, ist grundsätzlich festzustellen:

Der Nationalsozialismus als leitende und von den in Deutschland verbliebenen Akademikern angenommene oder zumindest hingegenommene



"Weltanschauung" war eine zutiefst inhumane Ideologie. Der völkische Überlegenheitsdünkel, die Konzentrationslager für Andersdenkende, der brutale Rassismus und der Anspruch auf Weltherrschaft der Deutschen waren Hohn auf die europäischen Traditionen des Christentums wie auf die Botschaft der Menschenrechte aus dem Zeitalter der Aufklärung. Wer dieser Verführung erlag oder ihr zumindest nicht widerstand, hatte sich mindestens moralisch schuldig gemacht.

*Im SED-Staat war die ideologische Situation wesentlich anders: Das Ziel des Sozialismus/Kommunismus war ein zutiefst humanes:*

*"An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist",*

*heißt der Schlußsatz des zweiten Teils des Kommunistischen Manifests. Solidarität, Friedensliebe, Völkerfreundschaft waren für viele nicht völlig zu heuchlerischen Phrasen verkommen.*

*Diese Ziele zu akzeptieren, ja, an sie zu glauben und auf sie hinzuwirken, war prinzipiell aller Ehren wert, also gewiß nicht moralisch verwerflich. Daß diese Ziele in Wahrheit von den leitenden Kadern des SED-Staates nicht erfüllt werden konnten, ja, daß diese sie in ihrer Machtbesessenheit verrieten, daß Spitzel und Terror zur Sicherung der Herrschaft eingesetzt wurden und das Land heruntergewirtschaftet wurde, hat schließlich zum Zusammenbruch des Systems geführt.*

*Lehrer und Forscher hatten im "real existierenden Sozialismus" zu arbeiten und ihr Brot zu verdienen. So manche engagierten sich dabei im politischen System oder verhielten sich zumindest opportunistisch, andere zogen sich auf ihr Fach zurück, nicht wenige verstanden ihr Tun aufrichtig auch als Dienst für eine bessere Gesellschaft. Aus der ehemaligen DDR schrieb dieser Tage ein Freund:*

*"Ich kenne Menschen, die über das Scheitern des Sozialismus todtraurig sind. Ich meine nicht die Karrieristen - die sind meist schon wieder oben auf. Ich meine diejenigen, die*

trotz aller Fehler und Mängel, trotz aller Widersprüche innerhalb des Systems, einer gerechteren und

damit besseren Ordnung zu dienen hofften. Sie sind jetzt ganz schlimm dran. Für die ist mehr als nur ein politisches System kaputtgegangen."

*Unverzeihliche kriminelle Inhumanität lag vor allem in der Praxis der Herrschaft, nicht - wie im Nationalsozialismus - gleichermaßen sowohl in den Zielen als auch in der Praxis.*

*Insofern wiegt an sich der Irrtum so manchen Wissenschaftlers aus der ehemaligen DDR in moralischer Abwägung leichter als der der Mitläufer des NS-Regimes! Daß insgesamt dagegen das Hochschul- und Wissenschaftssystem während der 40 Jahre DDR institutionell stärker destruiert wurde als dies während der 12 Jahre des Dritten Reichs geschehen war, ist nicht zu leugnen. Hier hat die wissenschaftliche, nicht aber die politisch-moralische Evaluation ihren Platz.*

*Im Vergleich der Entnazifizierung nach dem 8. Mai 1945 und der anschließenden Restauration mit der Evaluation der Personalentwicklung und der Strukturreform nach der Wende vom 9. November 1989 und besonders dem 3. Oktober 1990 ist unleugbar, daß der zugunsten der Betroffenen nachsichtig-oberflächliche politische wie wissenschaftliche Reinigungsprozeß von 1945 ff., den ich persönlich seinerzeit sehr kritisch beobachtet hatte, den Wissenschaftlern sogleich oder binnen weniger Jahre ihre Stellung wiedergab, ja, sogar dank des Nachholbedarfs jene integrierte, die in den nun de facto polnischen Gebieten ihre Stellung verloren oder in der SBZ bzw. DDR verlassen hatten. Für sie alle bot sich die Chance zur Revision ihrer Haltung und wissenschaftlichen Orientierung.*

*Dem Zusammenbruch des SED-Staates, speziell der Befreiung der Wissenschaft, besonders der Hochschulen vom polit-bürokratischen Totalitätsanspruch folgt ein Erneuerungsprozeß. Die Notwendigkeit, Geistes- und Sozialwissenschaften nach neuen Paradigmen und inhaltlichen Anforderungen zu konzipieren, in allen Disziplinen kompetente Fachvertreter zum Zuge kommen zu lassen und insgesamt zu Leistung zu stimulieren, ist unumstritten. Doch einschränkend bleibt stets zu bedenken, wieweit den einzelnen bis dahin Möglichkeiten und Anreize zu wissenschaftlicher Entfaltung gegeben waren und wie sie möglicherweise in der Lage wären, die neuen*

*Mit der fachlichen Evaluierung verbindet sich vielfach kaum trennbar die Beurteilung des politischen Verhaltens der einzelnen Wissenschaftler zu DDR-Zeiten. An dieser Stelle möge der Vergleich mit der Entwicklung nach 1945 die Söhne und Enkel der damaligen Mitläufer-Generation nachdenklich stimmen. Verdienen wissenschaftlich qualifizierte Mitläufer des SED-Regimes ein härteres Schicksal als seinerzeit diejenigen des NS-Regimes? Im Erneuerungsprozeß von 1945 ff. gab es keine wissenschaftliche Evaluierung von der relativen Gründlichkeit meist fachlich kompetenter Evaluatoren. Aber auch für die derzeitige gelegentliche Anmaßung politisch nicht auf die Probe gestellter "Wessis" in der Beurteilung persönlichen Lavierens von "Ossis" zu DDR-Zeiten zwischen widersprüchlichen Anforderungen von seiten der Wissenschaft und der Politik auf dem Weg zu einer eigenen Berufserfüllung lassen sich schwerlich Parallelen finden.*

*Die heutige Arbeitsmarktlage für Wissenschaftler ist paradox: An den Hochschulen und Instituten in den neuen Ländern soll die Zahl der Stellen auf das in den alten Ländern gängige Maß reduziert werden. Wie bereits angedeutet, sehen sich daher die Evaluatoren vielfach nicht nur vor die Aufgabe gestellt, die wissenschaftliche (und politische) Qualifikation von Wissenschaftlern als solche zu beurteilen, sondern im Falle positiver Aussage Anstellungschancen zu vergeben. Zugleich zeigt sich aber in der Bundesrepublik als ganzer ein eklatanter Mangel an Lehrpersonen angesichts zunehmender Überfüllung der Hochschulen durch Studierende. Dieser Mangel wird im Westen noch verschärft, wo Wissenschaftler von dort in die neuen Bundesländer zur Mitwirkung bei der Neugestaltung von Lehre und Forschung überwechseln. Mittelfristig dürfte es nicht genügen, in den Universitäten den Numerus Clausus einzuführen. Auch die Zahl der Professoren, Dozenten und Assistenten wird vermehrt werden müssen!*

*Doch wie dem auch sei: Man versuche im Wissenschaftsbereich - an Universitäten, Hochschulen, Instituten der Grundlagen- und angewandten Forschung - den "Ossis", soweit sie nicht persönlich zweifelsfrei unehrenhaft, das heißt diffamierend oder denunzierend gehandelt haben und ihnen wissenschaftliche Leistungsfähigkeit nicht zweifelsfrei abgesprochen werden kann, ähnliche Chancen zu geben, wie sie seinerzeit nach Kriegsende die Mitläufer der braunen Herrschaft erhielten!*

*Allerdings: So wie Hochschulen und Wissenschaft auf lange Zeit unter der geschichtlichen Wirkung des Holocaust ihre Arbeit tun, so werden auch die Erfahrungen im real existierenden Sozialismus und die Auseinandersetzung mit seinen theoretischen Grundlagen einerseits und andererseits mit seinen Folgen ein Thema sein, das in Lehre und Forschung auf Jahrzehnte aktuell bleiben wird.*

*Abschließend sei aus den genannten "Evaluierungssplittern" eine Beobachtung von Dieter SIMON über den "ethischen Analphabetismus" mancher Evaluatoren als Ruf zur Besinnung über die häufig geleugnete moralische Verpflichtung von Wissenschaft zitiert:*

*"Der Gutachter ist ein Mega-Experte. Niemand kann seinem Wissen standhalten. Es scheint, er hat einen Nobelpreis. Nobelpreise verändern den Menschen. Gestern noch ein Tropf, heute aufgenommen in die kleine Schicht des Adels des Geistes. Der Charakter bleibt allerdings unverändert. Anscheinend verbieten die Regeln, bei Preisverleihungen den ethischen Analphabetismus zu berücksichtigen."*



### 3. Neue Modelle für Hochschulentwicklung

#### 3.1. Das Fachhochschulmodell Berlin - Ost

Die Fachhochschule gilt in den alten Bundesländern als ein Hochschultyp, der sich in den 20 Jahren seiner Entwicklung bewährt hat und auch weiterhin bildungspolitisch gewollt ist, was für seine Einführung in den neuen Bundesländern spricht. Als Argumente für den Erfolg der Fachhochschulen nennt Bundesbildungsminister ORTLEB anlässlich eines Symposiums 1991 in Köln die folgenden drei:

- die Nachfrage der Studierwilligen, deren Interesse an einem Fachhochschulstudium seit Jahren das Angebot überschreitet. So betrug z.B. die räumliche Auslastung der Fachhochschulstudienplätze im Wintersemester 90/91 durchschnittlich 226 Prozent (im Vergleich dazu an Universitäten nur 177 Prozent).
- die Nachfrage durch die Arbeitgeber; die Wirtschaft verlangt nach Fachhochschulabsolventen. In einer Studie zum "Karrierefürher Fachhochschulen" wird festgestellt, daß schon heute 70 Prozent der Ingenieure und 50 Prozent der Betriebswirte in der Privatwirtschaft von Fachhochschulen kommen und insgesamt 47 Prozent der Mitarbeiter mit Hochschulabschluß ein Fachhochschuldiplom haben.
- volkswirtschaftliche Gesichtspunkte, denn bei durchschnittlichen Studienzeiten von acht Semestern können Fachhochschulabsolventen früher auf den Arbeitsmarkt treten als Universitätsabsolventen.

Die Erfolge der Fachhochschulen sind vor allem an die Erfüllung eines im Vergleich zu den Universitäten spezifischen Bildungsauftrages gebunden, der als besonders berufsbezogen gekennzeichnet wird und durch folgende bewährte Merkmale charakterisiert werden kann:

- guter Praxisbezug des Studiums, der sich aus engen Hochschul-Wirtschaftsbeziehungen ergibt

- kurzes und effektives Studium auf der Basis reglementierter Studiengänge, kleiner Seminargruppen, seminaristischer Unterrichtformen
- relativ hohe Studienerfolgsquoten
- Beitrag zur sozialen Öffnung der Hochschulen
- vergleichsweise kostengünstiger Hochschultyp
- starke regionale Ausstrahlung.

Bei der Erfüllung ihres Bildungsauftrages stehen die Fachhochschulen in den alten Bundesländern aber vor einer Reihe von Problemen. Die gegenwärtig dort vorherrschende NC-Situation zeigt den Versuch, eine wachsende Überlast abzuwehren; ein Weg zur Problemlösung ist damit nicht gefunden. Nach Aussagen von Experten haben staatliche Fehlentscheidungen und Versäumnisse zu einer mangelhaften Personalstruktur, zu überhöhten Lehrverpflichtungen und zu unzureichender Besoldung an den Fachhochschulen geführt. Als verbesserungsbedürftig werden darüber hinaus diskutiert:

- Zugang zur Forschung und zur Promotion
- Durchlässigkeit zu den Universitäten bereits beim Hochschulzugang
- fachliche Breite mit weiteren Abschlüssen
- besoldungsmäßige Einordnung der Fachhochschulabsolventen im öffentlichen Dienst.

Die Vertreter und Befürworter dieses Hochschultyps sind sich darüber einig, daß die Defizite der Fachhochschulen in den alten Bundesländern nicht auf die neuen übertragen werden sollten, sondern daß die Neu-Einführung hier als Chance für eine Weiterentwicklung dieses Hochschultyps genutzt werden muß. Es werden Forderungen erhoben, daß die Fachhochschulen im Osten mit einem optimalen Rechtsstatus und einer deutlich besseren Personalausstattung als im Westen beginnen müßten. Wege zur Umsetzung solcher Ansprüche und Empfehlungen sind aber im besonderen für die Betroffenen in den neuen Ländern noch kaum zu erkennen. Viele Vertreter von ehemaligen DDR-Ingenieurhochschulen, Technischen oder Spezial-Hochschulen begegnen einer möglichen Fachhochschulentwicklung distanziert bis ablehnend, während Angehörige von Fachschulen, die in besonderem Maße in ihrer Existenz bedroht sind, schnell einen Fachhochschulstatus erwerben wollen. Es gibt verschiedene Gründe für die Akzeptanzprobleme: Sie reichen von Unkenntnis der Vorzüge des Fachhochschultyps über Unverständnis,

warum eine bereits vorhandene Forschungsinfrastruktur und ein erworbenes Promotionsrecht nicht erhalten werden können, bis zu Informationen über den bisher nicht erfolgreichen Kampf der Fachhochschulen in den alten Bundesländern um Durchsetzung des Anspruchs "andersartig aber gleichwertig" im Verhältnis zu den Universitäten.

Ideen sind gefragt, wenn es darum geht, in den neuen Ländern ein Fachhochschulkonzept zu entwickeln, das auf die hier gegebenen Bedingungen eingeht, die Frage der Personalrekrutierung neu beantwortet, eine "Personaldurchmischung Ost-West" über Austauschprogramme und Partnerschaften anstrebt und eine schnelle Konkurrenzfähigkeit der Fachhochschulen zum Ziel hat. Initiativen, wie sie zum Beispiel von Bildungsminister ORTLEB ausgehen, der ein von Bund und Ländern zu tragendes Programm anregte, das für die Förderung der Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen 1992 erstmals einen Etat von 5 Millionen Mark und für die Folgejahre Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von weiteren 10 Millionen Mark vorsieht, sind in den Ländern und an den Fachhochschulen in Realität umzusetzen. Das hat auch Konsequenzen für die Landeshochschulgesetze, die, wie in Berlin und Brandenburg beispielsweise realisiert, eine kooperative Promotion (Fachhochschule - Universität), Forschung und Mittelbau an Fachhochschulen ermöglichen sollten.

**JÜRGEN TIPPE**, Gründungsrektor der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, gab im November 1991 den folgenden Einblick in die Konzeption und den aktuellen Stand der Planung des Initiativprojektes Fachhochschulneugründung Ostberlin:

*Die Konzeption und den Planungsstand der neuen Fachhochschule kann ich nicht ganz losgelöst von regionalen und überregionalen Aspekten der Bildungspolitik beschreiben. Ich werde das sehr kurz halten und hier keine Statements abgeben, sondern höchstens ein paar Aspekte nennen, die für diese Neugründung nach meiner Einschätzung wesentlich waren oder wesentlich sind.*

*Zu einer ersten Rahmenbedingung zählt, daß es in den alten Bundesländern inzwischen zu den unumstrittenen bildungspolitischen Zielvorstellungen gehört, den Fachhochschulbereich kapazitätsmäßig zu erweitern. Die Entscheidung der Ministerpräsidenten und*

## T I P P E

der Bundesregierung sieht vor, 50.000 zusätzliche flächenbezogene Studienplätze für den Fachhochschulbereich zu bauen. Das ist ein Drittel des jetzigen Bestandes mehr. Diese Vorstellungen werden mit Nachdruck insbesondere vom Wissenschaftsrat unterstützt. Meine These in diesem Zusammenhang lautet: Wenn man Fachhochschulkapazität in diesem Umfang zusätzlich schaffen will, dann wird dies ohne Erweiterung des Fächerspektrums nicht möglich sein. Das traditionelle Fächerspektrum der Fachhochschulen beschränkt sich auf die Ingenieurwissenschaften, die Betriebswirtschaftslehre und Verwandtes, auf den sozialen Bereich und dann auf so ein bißchen Exotisches, ein wenig Kunst, Kultur, Design, aber das unter fünf Prozent der Gesamtkapazität. Es ist schlicht nicht möglich, etwa in den Ingenieurwissenschaften, wo die Fachhochschulen heute schon zwei Drittel aller Absolventen stellen, zu fordern, den Fachhochschulanteil noch wesentlich zu erhöhen. Das Ziel der Bildungspolitik kann nicht darin bestehen, Universitäten durch Fachhochschulen zu ersetzen. Beides ist wichtig, beides ist notwendig. Wenn ein solcher Ausbau aufgrund des unbestrittenen Erfolges der Fachhochschulen gewünscht wird, dann ist eine Erweiterung des Fächerspektrums auch im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrates unvermeidliche Konsequenz.

Zu den Rahmenbedingungen zählt ferner, daß der Aufbau von Fachhochschulkapazitäten in den neuen Bundesländern eine noch immer umstrittene aktuelle bildungspolitische Forderung ist. Weitere 50.000 flächenbezogene Studienplätze sollen hier für die Fachhochschulen entweder errichtet oder durch Umstrukturierung vorhandener Einrichtungen geschaffen werden. Es ist klar, daß dies sowohl ein Imageproblem ist, als auch ein Problem struktureller Umwandlungsschwierigkeiten generell. Meines Erachtens schwingt bei diesen Imagefragen inzwischen auch so etwas wie gezielte Desinformationsstrategie mit. Ich habe nicht nur in den neuen Bundesländern immer wieder falsche Vorstellungen von den Fachhochschulen erlebt; ich erlebe sie auch im Ausland, so z.B. in Österreich, wo ähnliche Pläne aktuell sind oder in anderen europäischen Ländern. Es sind immer dieselben Aspekte, wie Forschung, Promotionszugang und ähnliches, die dabei besonders betont werden, aber eigentlich die Fachhochschulproblematik nicht angemessen beschreiben.



Soweit ein paar übergeordnete Aspekte!  
Mehr auf Berlin bezogen führe ich zwei  
weitere zu den Rahmenbedingungen dieser  
Neugründung zählende Fragestellungen/Problemkreise an.

## T I P P E

Zunächst einmal geht es um das Selbstverständnis der Technischen Fachhochschule in Westberlin. Es ist geprägt von der Erklärung, daß die TFH mit größenordnungsmäßig jetzt 8.000 Studenten - ich glaube, es liegt zur Zeit noch ganz knapp darunter - eine kritische Größe erreicht hat, die aus Qualitätsgründen nicht überschritten werden sollte. Wir haben das Problem der Massenhochschulen vor Augen. Es gehört deshalb zu den auch öffentlich erklärten Positionen der TFH in Westberlin, nicht weiter wachsen zu wollen. Das heißt, den Schwerpunkt der weiteren Entwicklung nicht auf Quantität, sondern auf Qualität zu legen. Natürlich hat das auch etwas zu tun mit Überschaubarkeit, mit kollegialem Miteinander, mit Fragen des Umgangs mit Studenten, mit der individuellen Förderung und mit allem, was damit zusammenhängt.

Wenn man also eine solche Forderung stellt - der Akademische Senat der TFH hat dies in einem doch sehr beachteten Papier im Juni 1989 getan, dann muß man die Frage beantworten können, wie eine solche, möglicherweise als fast schon eigennützig deutbare Position mit der vorher geschilderten Rahmenbedingung zu verbinden ist, den Fachhochschulbereich massiv zu erweitern. Die Antwort, die die TFH damals schon gab, war, baut eine neue Fachhochschule, baut sie möglichst in Kombination von Technik und Wirtschaft und baut sie im Ostteil der Stadt unter Einbeziehung vorhandener Hochschuleinrichtungen, insbesondere der dort existierenden Ingenieurhochschulen. Diese Position der TFH in Westberlin ist sicherlich nicht allein entscheidend gewesen; sie ist aber mit auf fruchtbaren Boden gefallen und hat ihre letzte Konsequenz im Ergänzungsgesetz zum Berliner Hochschulgesetz gefunden sowie in ziemlich konkreten Senatsentscheidungen über die zukünftigen Kapazitäten und haushaltsmäßigen Schlußfolgerungen. Das Ergänzungsgesetz zum Berliner Hochschulgesetz spricht davon, daß eine solche neue Fachhochschule mit einer beachtlichen Kapazität und mit einer noch zu beschreibenden Konzeption gegründet werden soll. Allerdings sieht es dafür ein etwa zwei- bis zweieinhalbjähriges Vorbereitungsstadium vor, auf das ich noch zu sprechen komme.

## T I P P E

Zu den Berliner Rahmenbedingungen - und damit schließe ich dann schon diese Betrachtung - zählt auch, daß erkennbar ein Umschwung in den bildungspolitischen Zielvorstellungen des Landes eingesetzt hat, der etwa mit der Öffnung der Grenzen parallel ging. Die Berliner Inselformation war geprägt durch die überwältigende Dominanz unserer beiden großen Universitäten in Westberlin. Die Entwicklung der Fachhochschulen, wie sie im alten Teil der Bundesrepublik im letzten Jahrzehnt zunehmend auch politisch unterstützt wurde, hat in Westberlin doch nur sehr zögerlich und auch mit Phasenverschiebung eingesetzt. Sie ist aber jetzt um so deutlicher spürbar. Ich kann schon feststellen - und das war auch ein Aspekt meiner persönlichen Entscheidung, daß sich die Berliner Hochschulpolitik zur Zeit dadurch auszeichnet, den Fachhochschulbereich schwerpunktmäßig zu fördern. Daß dies möglicherweise sogar mit einer Umverteilung von Ressourcen zusammenhängt, möchte ich nur am Rande erwähnen. Ich glaube aber nicht, daß die neue Fachhochschule ernsthaft die Bereiche der klassischen Universitäten tangiert. Das wird bei den Finanzdimensionen, die da zur Diskussion stehen, nicht eintreffen. Es ist eher zu erwarten, daß unsere Universitäten unter den allgemeinen Sparzwängen des Landes, nicht aber unter der Entwicklung einer neuen Fachhochschule leiden müssen.

Soviel zu einigen regionalen und überregionalen Aspekten bildungspolitischer Art, die als Rahmenbedingungen Pate standen bei der Gründung dieser neuen Fachhochschule. Ich hatte schon erwähnt, daß das Ergänzungsgesetz zum Berliner Hochschulgesetz dafür die rechtlichen Voraussetzungen schafft. Das Ergänzungsgesetz hat einen ungewöhnlichen, aber bei näherem Nachdenken durchaus auch chancenreichen rechtlichen Rahmen für diese Neugründung geschaffen, für den es - soweit ich es übersehe - außerhalb des Landes Baden-Württemberg und in dieser Dimension kein Pendant gibt. Senator ERHARDT ist mit der Vorstellung angetreten, daß sich diese Fachhochschule nicht sofort als selbständige Einrichtung gründen soll, sondern daß sie aus einer etablierten Einrichtung heraus zu entwickeln ist, in einem Mutter-Tochter-Verhältnis, wie in Baden-Württemberg selbst eine Reihe von Neugründungen entwickelt worden sind. Dafür war die Technische Fachhochschule sicherlich der einzig mögliche Rahmen. Risikoreich und deshalb ungewöhnlich, weil eine Reihe von schwierigen, auch rechtlichen Fragen im Raum stehen, z.B.: Wie ist die Kompetenz der

zentralen Gremien, wie ist die Kompetenz eines Gründungsrektors gegenüber der zentralen Leitung usw. zu regeln? Aber das

#### T I P P E

will ich gar nicht weiter diskutieren, sondern ich will mehr das Psychologische ansprechen, das sicherlich zu den noch risikoreicheren, möglicherweise belastenden Elementen einer solchen Konzeption zählt. Es ist schon eine Tatsache, daß jener Teil in Ostberlin, der von vornherein als überführte Einrichtung hier auch Ansprüche stellen konnte, das Gefühl der Entmündigung hatte, haben mußte. Durch gewisse Ungeschicklichkeiten im öffentlichen Umgang mit dieser Überlegung wurde ein solches Unbehagen zunächst auch noch verbreitet.

Dennoch kann man sagen, daß die chancenreichen Elemente einer solchen Konstruktion überwiegen. Das will ich etwas erläutern: Das Ergänzungsgesetz spricht davon, daß die ehemalige Ingenieurhochschule in Berlin-Lichtenberg in ihrer Gesamtheit und die Verwaltungsvermögen der ehemaligen Hochschule für Ökonomie und des jetzigen Fachbereichs 24 der Humboldt-Universität - früher Ingenieurhochschule Wartenberg - für eine Zeit von maximal zweieinhalb Jahren der Technischen Fachhochschule zugeordnet werden. Bei dieser Konstruktion übernimmt die TFH eine komplette Hochschule und Verwaltungsvermögen, das sind Einrichtungen ohne Köpfe. Gleichzeitig ist diese Konstruktion aber verknüpft mit der Vorstellung, eine Fachhochschule aufzubauen mit einem sehr breiten, auch in neue Bereiche zielenden Fächerspektrum. Bei diesem Rahmen unterstütze ich die Meinung des Senators, die übrigens auch die Meinung der Betroffenen in Lichtenberg ist, daß aus einer Ingenieurhochschule klassischer Art in der ehemaligen DDR heraus mit einem Fächerspektrum, das im wesentlichen Elektrotechnik und Maschinenbau, vielleicht noch Informatik umfaßte, eine solche Konzeption in absehbarer Zeit kaum realisierbar wäre. Insofern ist also die Einbettung einer solchen Neugründung für eine bestimmte Zeit in eine größere Einrichtung durchaus chancenreich. Sie ist zusätzlich dadurch chancenreich, daß es in Berlin eine Besonderheit gibt, die nun auch den Fachhochschulen mit der Novellierung des Hochschulgesetzes zugestanden wurde: der Kuratorialstatus. Er bietet den Hochschulen, jetzt also auch der Technischen Fachhochschule und ihrer angegliederten Neugründung, besondere Chancen, Vorstellungen unmittelbar bei politisch Verantwortlichen vorzutragen und auch durchzusetzen. Dieser ungewöhnliche rechtliche Rahmen ist ein Merkmal der Neugründung.



## T I P P E

Quantitative Aspekte sind ein zweites. Die neue Fachhochschule soll auf 8.800 flächenbezogene Studienplätze ausgebaut werden.

Wer Berlin und wer die Technische Fachhochschule in Wedding kennt mit ihren Außenstellen, der muß wissen, daß die Technische Fachhochschule 4.500 flächenbezogene Studienplätze hat. Das heißt, die Planung ist etwa im Umfang doppelt so groß, und sie wird aller Voraussicht nach ganz wesentlich auf dem Campus der ehemaligen Hochschule für Ökonomie in Karlshorst (einem Doppelcampus, den diese Hochschule hatte) realisiert werden können. Dies ist sicherlich ein Investitionsprogramm für die nächsten 10 Jahre. Wir sind mit den Senatsverwaltungen dabei, die ersten Planungsschritte einzuleiten.

Wenn 8.800 flächenbezogene Studienplätze entstehen sollen, dann muß man bei allen Erfahrungen von mindestens 10.000 Studenten ausgehen, eingedenk der Überlegung, daß das auch eine gewisse kritische Grenze aus Qualitätsgesichtspunkten ist. Wir werden natürlich nicht 10.000 Ingenieurstudienplätze in Berlin zusätzlich errichten können und wollen. Die Fächerstruktur der neuen Fachhochschule soll zu etwa knapp zwei Drittel - eher zu 60, vielleicht auch nur zu 50 Prozent - technisch orientierte Studiengänge umfassen, darunter aber sicherlich viele, die völlig neuartig für den Fachhochschulbereich sein werden. Wir gehen weiter von etwa 30 Prozent wirtschaftlich orientierter Studiengänge aus, die wiederum zum Teil sehr neuartig entwickelt werden sollen. (Ich komme auf diese Überlegung noch kurz zurück). Der Rest von 10 bis vielleicht sogar maximal 20 Prozent ist künstlerisch orientierten Fächern gewidmet, die ich auch noch kurz ansprechen werde. Darüber hinaus ist ein Planungsrest vorhanden, wenn die künstlerisch orientierten Fächer höchstens 10 Prozent einnehmen, der zwar durch Senatsvorgaben schon irgendwie ausgefüllt scheint, den wir aber noch für eine weitere Verbreiterung des Fächerspektrums nutzen wollen.

Was sollen nun die besonderen Innovationen sein? Zunächst ist es unvermeidlich, in gewissen Studienangeboten, in denen die Nachfrage und der regionale Bedarf dies gleichermaßen rechtfertigen, auch Parallelangebote zu Westberlin zu entwickeln. Dies geschieht aber immer mit dem Anspruch, daß mindestens im Hauptstudium die fachlichen Schwerpunkte andere sein sollen. Ich will das an einem Beispiel erläutern: Wenn wir aus solchen Überlegungen heraus überhaupt nicht zögern, auch in Ostberlin einen



Schwerpunkt Maschinenbau zu errichten, dann wird der im Hauptstudium sehr viel stärker auf die Fahrzeugtechnik hin orientiert sein als dies üblich ist und damit bei vergleichbarem Grundstudium eine Alternative bieten. Das kann auch Studenten anregen, noch den Hochschulstandort zu wechseln, nach dem Grundstudium vielleicht das eine oder andere interessante Angebot anzunehmen. Nun reicht das noch nicht für eine Konzeption aus. Wir werden darüber hinaus in einer Reihe von Fällen strukturell genau das Gegenteil von dem machen, was es in West-Berlin gibt. Ich will das am Beispiel des Wirtschaftsingenieurs demonstrieren. Der Wirtschaftsingenieur ist in West-Berlin ein Angebot im Anschluß an ein Ingenieursstudium, ein wirtschaftswissenschaftlich orientiertes Ergänzungsstudium. Wir werden uns in Ost-Berlin an anderen Modellen orientieren, die es ja auch gibt und Wirtschaftsingenieurwesen als ein grundständiges Studium entwickeln. Dabei sind allerdings auch gewisse Studienangebote zu unterbreiten, die außerhalb der üblichen Komponenten der Wirtschaftsingenieure liegen. Wirtschaftsingenieure sind bisher sehr stark maschinenbauelektrotechnisch orientiert. Wir werden hier mit Sicherheit mindestens im Bereich des Bauwesens Alternativen bieten. Das ist ein weiterer Aspekt.

Außerdem werden wir uns bemühen, völlig neuartige Studiengänge in Kombination von traditionellen Fächern und Fremdsprachen zu entwickeln. Hierfür haben wir wiederum eine besondere Chance. Zu den Bereichen, die die Fachhochschule aus dem Abwicklungsstrudel in Ost-Berlin retten konnte, zählt das Fremdspracheninstitut an der ehemaligen Hochschule für Ökonomie. Es hat etwa 84 Sprachspezialisten, die für fast alle europäischen Sprachen - West und Ost gleichermaßen - zuständig sind. Dieses Institut gilt es, zu einer hochschulübergreifenden Zentraleinrichtung mit speziellem Auftrag weiterzuentwickeln, an der die fremdsprachliche Ausbildung von Fachhochschulstudenten durchgeführt werden kann. Das Projekt steht kurz vor dem Abschluß. Die zugehörige Ordnung ist in diesen Tagen in unserem Akademischen Senat beraten worden und wird in den nächsten Wochen noch mit den Kollegen der anderen Fachhochschulen diskutiert werden. Wir haben die Vorstellung, mit Hilfe dieses Instituts eine Reihe von Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu realisieren: die schon genannte, völlig neue Kombination zwischen traditionellen Fächern und Fremdsprachen sowie die obligatorische Ausbildung in einer zweiten Fremdspra-

## T I P P E

che. Letzteres wollen wir mindestens soweit erfüllen, daß bei den Studenten ein Basiswissen in einer nachweislich bisher nicht beherrschten Sprache erreicht wird. Wir werden das Institut darüberhinaus für eine intensivere Sprachausbildung für alle jene Studenten nutzen, denen wir im Rahmen unseres Studienangebots einen Auslandsaufenthalt vermitteln. Schließlich soll das Institut auch im Interesse anderer Fachhochschulen und anderer Hochschulen des Landes eingesetzt werden, weil die Kapazitäten, die hier vorhanden sind, dies sicherlich zulassen.

Eine weitere Rahmenbedingung, die wir uns setzen, lautet *Studierfähigkeit*. Die eigentliche Fachausbildung darf 160 Semesterwochenstunden nicht überschreiten. Das ist für die Fachhochschulen eine ungewöhnlich geringe Zahl. In den technischen Bereichen werden bis zu 180 Semesterwochenstunden in 6 Fachsemestern untergebracht - ganz überwiegend als Fachstudium. Hier wollen wir auf 160 Stunden senken, weil wir erstens diese zweite Fremdsprache hineinbringen und zweitens noch hinreichend Zeit und Raum für fachübergreifende Lehrveranstaltungen lassen wollen.

Zu den mehr innovativen Elementen der neuen Fachhochschule zählt auch, daß im Zusammenwirken mit den Museen und mit anderen Kulturträgern der Stadt und der Region kleine, aber attraktive Studiengänge, wie *Restaurationstechnik*, *Museumskunde* und ähnliches, entwickelt werden sollen. Sie gibt es dann neben dem mehr traditionellen *Grafikdesign*, das stärker in die Richtung *Kommunikationsdesign* profiliert wird.

Besonderes Augenmerk verdienen *Auslandskontakte*, insbesondere als Anreize für Studenten, einen Auslandsaufenthalt in das Studium sinnvoll zu integrieren. Hierfür bieten sich wiederum durch das Fremdspracheninstitut, aber auch durch traditionelle Verbindungen der Vergangenheit besonders gute Chancen einer Ausrichtung nach Osteuropa. Das wird schon in Angriff genommen. Das zugrundeliegende Modell gipfelt in der Vorstellung, in das Fachhochschulstudium ideal ein Praxissemester mit einem anschließenden Fachsemester als Auslandsaufenthalt einzubauen. Wenn man die richtigen Partner hat, die das Fachsemester dann mit uns gemeinsam organisieren und gestalten, ist das sicherlich ein hervorragendes Modell, das wahrscheinlich auch in der EG und in den entsprechenden Programmen auf große Resonanz stoßen wird.

Ein weiterer Aspekt ist ein bißchen mein persönliches Steckenpferd in den letzten Jahren geworden. Es ist die von vielen

#### T I P P E

anderen mit ähnlichen Worten beklagte Beobachtung, daß im deutschen Hochschulwesen im Grunde keine Anreize bestehen, sich in der Lehre zu engagieren. Weil dies so ist, ist manches so beklagenswert schlecht. Ich bin entschlossen, ein solches Anreizsystem für besonderes Engagement in der Lehre und im Studium - für Lehrpersonen und Studenten gleichermaßen, nicht nur individuell, sondern auch institutionell - in Gang zu setzen. Mir ist natürlich bewußt, daß es hierbei die besondere Schwierigkeit gibt, die problematischen Beurteilungskriterien mit unseren auch nicht immer ganz einfachen Gremiumsstrukturen in Übereinstimmung zu bringen. Auch ist mir klar, daß ein Fachbereichsrat über dieses Engagement wahrscheinlich keine sinnvolle Entscheidung fällen kann, die mit entsprechenden Konsequenzen vielleicht der Belohnung im materiellen oder ideellen Sinne verbunden ist. Das Ergebnis dürfte mit Sicherheit die Nivellierung, die weitgehende Gleichbehandlung aller Betroffenen sein. Da ich außerdem nicht erwarte, daß der Staat in absehbarer Zeit dafür die Mittel zur Verfügung stellt, sehe ich die Lösung des Problems in einem Stiftungsmodell, um das ich mich bemühe. Dafür sollte man sich auch Modelle in anderen Ländern ansehen, um festzustellen, unter welchen Voraussetzungen hier im sinnvollen Miteinander von privaten Geldgebern und Hochschulvertretern ein solches System wirklich funktionieren könnte.

Letztlich möchte ich noch erwähnen, daß in Übereinstimmung mit dem Senator der Anspruch erhoben wird, einen besonderen Schwerpunkt bei dieser Neugründung in der angewandten Forschung und Entwicklung zu setzen. Hierfür bietet Berlin zur Zeit aus zwei Gründen ganz besonders günstige Voraussetzungen. Die eine positive Voraussetzung sind spezielle Regelungen im Berliner Hochschulgesetz, die nicht nur das Land verpflichten, die Forschungsförderung an den Fachhochschulen zu intensivieren, sondern die vor allem die sehr problematische Frage des Promotionszugangs für entsprechend qualifizierte Fachhochschulabsolventen auf bisher einmalige und - wie ich und mit mir viele außerhalb Berlins bis hin zum BMW meinen - beispielhafte Weise lösen. Ich bin erklärter Anhänger der These, daß ein Promotionsrecht für die Fachhochschulen selbst nicht wünschenswert ist. Das Gegenteil wird uns immer wieder unterstellt und ist Teil jener Desinformationsstrategie,



## T I P P E

von der ich einleitend sprach. Aber genauso unerträglich und genauso unannehmbar ist, daß das deutsche Bildungssystem unter dem Eindruck der Reform der 70er Jahre nicht einen positiven Beitrag zu mehr Durchlässigkeit und Chancengleichheit geleistet hat, sondern sich durch besondere Abschottungstendenzen auszeichnet. Es ist völlig unannehmbar, daß jene wirklich kleine Gruppe von "Spätzündern" nach dem Umweg über die Fachhochschule einen geradezu grotesken Aufwand in Deutschland treiben muß, wenn sie ein spät erkanntes Lebensziel - sich wissenschaftlicher Tätigkeit zu widmen - erreichen will. Die Fachhochschulen haben darauf längst eine Antwort gegeben. Sie schicken solche Leute zur Zeit ins Ausland. Das kann aber nicht die Lösung sein.

Das Berliner Modell einer kooperativen Promotion im Zusammenwirken zwischen Fachhochschule und Universität besagt, daß an der Universität promoviert wird, aber der entsprechend befähigte Fachhochschulabsolvent ohne die zusätzliche Hürde des Universitätsdiploms zur Promotion zugelassen werden kann. Dieses Modell, in Berlin gesetzlich gefordert, gilt es mit Leben zu erfüllen. Das ist einer unserer Ansprüche im Rahmen dieser neuen Einrichtung. Ich lasse keinen Zweifel daran, daß ich auf der einen Seite natürlich sehr froh bin, in Berlin eine solche Chance zu haben. Auf der anderen Seite bin ich in Sorge darüber, daß die bisherige Haltung der deutschen Universitäten, insbesondere jetzt auch der Universitäten in den neuen Bundesländern, in völliger Verkennung der bildungspolitischen Entwicklung möglicherweise ein solches Modell solange blockiert, bis der Ruf nach einem Promotionsrecht für die Fachhochschulen selbst politisch nicht mehr aufzuhalten ist und sich dann sicherlich auch eines Tages realisieren wird. Eine solche Entwicklung strebe ich nicht an, weil ich unter anderem in der Entwicklung der Hochschulen in der ehemaligen DDR aber auch im internationalen Bereich - Stichwort etwa englische Polytechnics - sehe, daß das Promotionsrecht auch geeignet ist, das Selbstverständnis einer Hochschule zu verändern. So kann genau jene Stärke der Fachhochschulausbildung, sich nämlich auf die praxisorientierte berufsbezogene Ausbildung zu konzentrieren, möglicherweise dann unter dem Anspruch leiden, möglichst viele Doktoranden zu haben. Auch in Fragen der Forschung sehe ich eine hervorragende Aufgabenteilung zwischen Fachhochschule und Universität, die eigentlich ausschließt, daß Fachhochschulen sich primär mit Grundlagenforschung beschäftigen und von daher selbst



ganz wesentlich die Promotion vorantreiben. Das geht nur im Zusammenwirken mit der Universität.

T I P P E

Außerdem hat Berlin die Problematik der Akademie der Wissenschaften. Es gibt jetzt - vielleicht unter dem Eindruck der Zwänge, die eingetreten sind, aber in einigen Fällen nicht nur deswegen - ganz hervorragende Chancen, im Zusammenwirken mit der Akademie eine Reihe von An-Instituten zu gründen, die ähnlich wie an der TU anwendungsbezogene Forschung, allerdings mit sehr viel mehr Bezug zur regionalen Wirtschaft, betreiben sollten. Sie können natürlich auch für die anwendungsbezogenen Forschungs- und Entwicklungsprojekte an der Fachhochschule selbst sehr fruchtbar sein.

Wenn ich zum aktuellen Planungsstand abschließend nur mit einem Satz etwas sagen darf, dann folgendes: nach sechs Wochen Erfahrung chaotisch, aber nicht anders zu erwarten. Ich hatte ein halbes Jahr Zeit, mich sehr intensiv vor Ort zu informieren, mit vielen zu sprechen, vieles auch schon vorbereitend in Gang zu setzen. Außerdem habe ich die Gründerzeit der TFH vor Augen. Ich bin mir klar darüber, daß dieser zwei- bis zweieinhalbjährige Entwicklungsprozeß knapp ausreichen wird, eine solche Einrichtung gehfähig zu machen, in die Selbständigkeit zu entlassen. Wenn ich eine letzte persönliche Bemerkung machen darf, dann diese, daß die Gründung der Fachhochschule eine persönliche Herausforderung darstellt. Ich hoffe, daß ich das Vertrauen der Kollegen in Ost-Berlin gewinne. Meine erklärte Absicht ist es, in diesen zwei bis zweieinhalb Jahren, die mir zur Verfügung stehen, planerisch im neuen Teil Berlins ein Zeichen zu setzen, das über Berlin hinaus wirken wird, das eine Resonanz hat in den neuen Bundesländern und das dazu beiträgt, den Namen der Fachhochschule und die Einschätzung der Fachhochschule auch in den neuen Bundesländern zu verändern.

### 3.2. Das Universitätsprojekt Cottbus

Während die Entwicklung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern eine Aufgabe weitreichender struktureller Neugestaltung - verbunden mit vielen Umdenkungsprozessen - ist, findet die universitäre Erneuerung in der Regel im Rahmen vorhandener und auch funktionierender Strukturen statt. Das hat nicht selten zur Folge, daß der Erneuerungsprozeß in diesem Bereich u.U. noch komplizierter als im Bereich der Fachhochschulen verläuft. Einen ersten Eindruck davon vermitteln die im Abschnitt 2.3 gegebenen Darstellungen zur Situation an der Technischen Universität Dresden und der Humboldt-Universität zu Berlin.

Anders sieht es in den Fällen der universitären Erneuerung aus, wo es auch hier um Neugründungen geht. Dies trifft für das Land Brandenburg zu, das als einziges Bundesland bei seiner Wiedererrichtung über keine universitären Bildungsstrukturen verfügte (vgl. nachfolgende Abbildung).

Deshalb hat der Landtag von Brandenburg einstimmig beschlossen und im Brandenburgischen Hochschulgesetz verankert, daß das Land Brandenburg u.a. in Cottbus eine Technische Universität gründet. Diese politische Meinungsbildung findet außerhalb des Landes Brandenburg nicht überall ungeteilte Zustimmung. So gibt der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen der neuen Länder vom 5.7.1991 zu bedenken:

Die Kapazitäten für die Ingenieurwissenschaften in den Ländern Berlin und Sachsen lassen nach Auffassung des Wissenschaftsrates derzeit keinen Bedarf für eine weitere Technische Universität am Standort Cottbus erkennen. Er sieht nicht, wie eine TU Cottbus angesichts der leistungsfähigen und traditionsreichen Technischen Universitäten in Berlin und Dresden und der Bergakademie Freiberg in absehbarer Zeit ausreichend Studierende gewinnen könnte. Die Planungen für eine TU Cottbus müssen daher in enger Abstimmung mit den Entwicklungsvorstellungen der Länder Berlin und Sachsen erfolgen und eine Verlagerung von Kapazitäten beinhalten. . .



Entwicklung der Standortverteilung der Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen im neuen Bundesgebiet

Dabei verschließt sich der Wissenschaftsrat nicht dem Argument, daß von einer Hochschulneugründung wichtige positive Signale für die weitere Entwicklung des Landes ausgehen können. Er ist allerdings der Auffassung, daß der zügige Aufbau... leistungsfähiger Fachhochschulen ... solche Zeichen... schneller als die Neugründung einer Technischen Universität... setzen kann.

**GÜNTER SPUR**, Professor an der Technischen Universität Berlin und von der Brandenburgischen Landesregierung zum Gründungsrektor der neuen Technischen Universität Cottbus berufen, argumentiert im November 1991, warum eine Technische Universität zwischen Berlin und Dresden eine sinnvolle Investition ist:

*Wenn man die Region betrachtet, dann schaut man auf eine ganz interessante Flanke eines großen Wirtschaftsdreiecks in Europa. Eine große Flanke des kontinentalen produktiven Dreiecks verläuft etwa von Frankreich über Südtalien bis Wien in den Balkan hinein - so hat es einmal ein amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler ausgedrückt. Eine weitere Flanke zieht sich von Frankreich (Elsaß) über Belgien, Luxemburg, Westdeutschland nach Skandinavien - und dann fehlt die andere Flanke. Sie geht - sagen wir - von den Baltischen Staaten in das schlesische, tschechoslowakische Industrievier über Berlin, Cottbus, Dresden, Breslau, Prag. Diese Region gilt es zu entwickeln. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Europa hat sich auf der Basis eines Wirtschaftszusammenschlusses herausgebildet, und die politische Vereinigung war immer der zweite Schritt. So wird auch der Zusammenschluß der osteuropäischen Länder mit den westeuropäischen Ländern über Aktivitäten der Wirtschaft schneller laufen. Zur Entwicklung von Wirtschaftsregionen gehören aber nun einmal Technische Hochschuln, Technische Universitäten.*

**Der Aufbau der Technischen Universität Cottbus ist eine notwendige Investition in die Wirtschaftskraft des Landes Brandenburg:**

- Der Wirtschaftsraum Brandenburg wird durch industrielle Umstrukturierungen mit ökologischen Folgeproblemen ebenso bestimmt wie durch junge, aufstrebende Industrieanlagen.
- Die Forschungs- und Ausbildungsleistungen der TU Cottbus dienen insbesondere



- > dem Braunkohlebergbau einschließlich den von ihm ausgehenden Rekultivierungsaufgaben,
- > der Energiewirtschaft, die sich in einem grundlegenden Innovationsprozeß befindet,
- > der expandierenden chemischen und petrochemischen Industrie,
- > der neu entstehenden Automatisierungstechnik,
- > dem bald größten europäischen Werk für Nutzfahrzeuge,
- > dem geplanten Großflughafen, der eine verkehrstechnische Herausforderung hinsichtlich der Vernetzung von Straße, Schiene, Luft- und Wasserwegen bedeutet.

Das alles fordert uns heraus. Es ist ein enormer Forschungsbedarf vorhanden; die brandenburgischen Industriestädte müssen mit Know-How versorgt werden. Es gibt eine ganze Reihe von Fördermitteln, die nur föderativ erworben werden können. Bisher konnte sich z.B. im Land Brandenburg kein Fraunhofer-Institut etablieren, weil es dafür keine geeignete Institution gibt. In Berlin aber ist eine viel zu starke Universitätsbelegung vorhanden. Die Technische Universität Berlin geht knapp auf 40.000 Studenten zu; im nächsten Jahr werden es 42.000 sein. Wir haben insgesamt in Berlin 150.000 Studenten bei Wohnungsmieten bis zu 1.000 Mark. Und eine Region wie Brandenburg geht leer aus, ohne eine einzige Technische Universität! Vergleicht man das einmal mit der Dichte in Nordrhein-Westfalen oder um das Gebiet von Darmstadt und Mannheim oder in Baden-Württemberg, dann ist im Land Brandenburg etwas unterblieben. Im Süden und Südosten von Berlin sind die großen Erweiterungsgebiete für die Industrie und den Verkehr. Dann ist da die Nähe zu Polen, zur Tschechoslowakei im osteuropäischen Raum. Cottbus ist, wenn man eine Stadt als Großstadt definiert, die mehr als 100.000 Einwohner hat, die östlichste deutsche Großstadt. Sie liegt nicht weit entfernt von der TH Breslau, zu der es bereits jetzt gute Beziehungen gibt. Kontakte existieren ebenso nach Posen oder nach Krakau oder auch nach Prag. Hier wird wieder das Dreieck sichtbar, von dem ich schon berichtete.

Die Technische Universität Cottbus kann zur Ergänzung und Entlastung der Universitäten Berlin und Dresden beitragen.

- Das Land Berlin kann nicht auch noch den technikwissenschaftlichen Forschungs- und Lehrbedarf des Landes Brandenburg

decken.

- Die Technische Universität Cottbus entsteht in enger Kooperation mit den Technischen Universitäten in Berlin und Dresden.

Ich meine im besonderen, daß wir die TU Berlin dezentralisieren müssen. Inzwischen sitzen fünf Mitglieder des Lehrkörpers im Gründungsausschuß von Cottbus. Der Präsident der TU Berlin begleitet mit großer Aufmerksamkeit und mit Interesse, daß wir in Cottbus eine neue TU modellieren. Eine einzige technische Universität in einer Region ist ein Monopolist. Wenn man auch andere Modelle diskutiert, gibt das ein Spannungsfeld ganz natürlicher Art. Dresden hat neben sich Chemnitz; Magdeburg konkurriert mit Braunschweig. Wir brauchen eine zweite, kleine, etwas anders strukturierte Wettbewerbshochschule, die auch eine gewisse Wettbewerbswirkung auf die TU Berlin auslöst. Dann kann man Architektur zum Beispiel in Berlin oder in Cottbus studieren! Vielleicht wird es auch ein Netzwerk von technischen Universitäten geben, das tatsächlich einen Austausch ermöglicht. Hochschulpolitisch notwendig wäre es.

Nun muß man die Gründung einer neuen Universität natürlich auch als Chance wahrnehmen. Es ist ein besonderer Reiz, dies auf einem vorhandenen Campus vorzunehmen, einer früheren Hochschule für Bauwesen, die als solche nicht mehr existiert, deren Studenten wir aber eingegliedert haben und zum Diplom führen. Das heißt nicht - darauf weise ich mit Nachdruck hin, daß die alten Studiengänge, die man einer Fachhochschule zurechnen muß, jetzt irgendwie durch Verordnungen universitäre Studiengänge geworden sind. Wir setzen uns einen hohen Anspruch, beginnen mit neuen Studiengängen und berufen neue Professoren.

Was geschieht mit den Lehrkräfte der früheren Hochschule für Bauwesen, die durch das Brandenburgische Hochschulgesetz auch eingliedert wurden? Grundsätzlich werden die jetzt ausgeschriebenen C 4- und C 3-Professuren durch ein normales Berufungsverfahren besetzt. Also müssen sich auch die Professoren und Dozenten, Oberassistenten und Assistenten der ehemaligen Hochschule für Bauwesen bewerben. Wir haben sehr viele Bewerbungen; für 25 bisher ausgeschriebene C 4-Stellen liegen 200 Anträge vor. Die Aus-

wahl ist ein sehr schwieriger Prozeß. Dabei wird der jetzt 50/55-jährige Professor die gleiche Chance erhalten wie ein 35-jähriger. Es wäre nicht zu verantworten, jetzt nur 35/40-jährige zu berufen, die alle nach 25 Jahren zur gleichen Zeit emeritiert werden. Sicher wird der Fall eintreten, daß Bewerber aus der ehemaligen Hochschule für Bauwesen, die ja sehr eng im Baugebiet spezialisiert waren, nicht berufen werden. Dann ist vom Gründungssenat und vom Land Brandenburg die klare Position zu verwirklichen, eine wie auch immer benannte Eingliederung dieses Lehrkörpers vorzusehen. Es besteht überhaupt keine Veranlassung, sich von diesen Lehrkräften in irgendeiner Form zu trennen, denn sie sind alle wichtig und wir benötigen jeden. Die weitere Frage ist die der Assistenten. Wir haben mit der Ausschreibung der C 4-Professoren auch die damit verbundenen Assistentenstellen bekanntgemacht. Auch dafür haben sich viele beworben. Nun ist eine Stelle des wissenschaftlichen Assistenten nur befristet auf fünf Jahre, um der nächsten Generation auch diese Chance offen zu halten. Es gibt aber eine ganze Reihe wissenschaftlicher Mitarbeiter aus der früheren DDR mit unbefristeten Verträgen. Die muß man respektieren, und in manchen Fällen eignen sich diese Personen auch hervorragend als Oberassistenten und Oberingenieure. Einige der neu zu berufenden Professoren müssen also akzeptieren, daß an ihren Instituten Stellen mit solchen Mitarbeitern schon besetzt sind. Das kann man im Einvernehmen regeln.

Was uns bewegt, ist die Größe der Universität. Die großen deutschen Universitäten, etwa Aachen, Berlin, München, Stuttgart, Hannover sind Massenuniversitäten. Sie bewegen sich alle zwischen 30.000 und 40.000 Studenten.

Die Neugründung der TU Cottbus eröffnet die Chance, bisherige Erfahrungen der Hochschulentwicklung auszuwerten und das Modell einer modernen Universität zu realisieren.

Strukturelle Hemmnisse des heutigen Universitätsbetriebes liegen in:

- der Schwerfälligkeit der Massenuniversität,
- den langen Verwaltungswegen der Hochschulbürokratie,
- der zunehmenden Diskrepanz zwischen Verwaltungsstrukturen und wissenschaftlichen Erfordernissen,
- der mangelnden Transparenz von Entscheidungen,

## **S P U R**

- der Dauer und oft geringen Effizienz des Studiums und
- dem relativen Rückgang universitärer Forschung gegenüber einem wachsenden industriellen Forschungspotential.

Notwendig im Interesse einer zukunftsorientierten Hochschulentwicklung ist:

- eine Differenzierung der Universitätslandschaft durch Bildung kleiner, spezialisierter Universitäten,
- eine Dezentralisierung der Universitätsstruktur,
- die Erhöhung der Institutsautonomie,
- eine stärkere Integration von Sach- und Entscheidungskompetenz sowie
- der Ausbau von universitätsübergreifenden Forschungszusammenhängen, darunter die Förderung und Neugründung von An-Instituten. Eine Hochschule kann gar nicht mehr die Mittel allein aus dem Haushalt aufbringen, um Forschung zu betreiben, die weltweit bestehen will.

Eine weitere Chance der Neugründung der TU Cottbus ist, die Personalentwicklung am Lehr- und Forschungsbedarf zu orientieren. Das heißt:

- Stimulierung der Professoren zur Übernahme korrespondierender Doppelfunktionen in universitären und außeruniversitären Forschungsfeldern. Ingenieurprofessoren von Universitäten sollten gleichzeitig Leiter von Instituten anderer Rechtsform sein, wie Fraunhofer-Institut, Max-Planck-Institut oder Institut der Blauen Liste. Über diese Zweigleisigkeit läßt sich Ingenieurforschung ganz extrem gut entwickeln. Dann bleibt auch die Möglichkeit für den Mittelbau, in ein solches Institut überzuwechseln und dort in der Lohnskala des BAT aufzusteigen.
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
- Entwicklung längerfristiger Berufsperspektiven für den wissenschaftlichen Mittelbau,
- Betonung der außeruniversitären Berufspraxis als ein Kriterium zur Rekrutierung der Hochschullehrerschaft,
- Flexibilisierung der Lehrverpflichtungen von Professoren nach ihrem Einsatz im universitären Forschungsprozeß und
- Aufwertung des Universitätsdienstes durch Anpassung der



*Die Universitätsneugründung eröffnet die Chance einer praxisorientierten Umgestaltung von Studium und Lehre.*

*Folgende Schwerpunkte sollen dabei im Mittelpunkt stehen:*

- Individualisierung und Intensivierung der Ausbildung,*
- Verbindung von fachlicher Qualifizierung und allgemeiner Persönlichkeitsbildung,*
- thematische Straffung des Fachstudiums,*
- Beschleunigung des Prüfungsverfahrens,*
- Effektivierung der Lehrmethoden durch bildungstechnische Programme und Medien,*
- Einbeziehung beruflicher Praxis ins Studium,*
- Ermöglichung bezahlter studentischer Mitarbeit im Hauptstudium als Regelfall und*
- Verkürzung der Studienzeiten durch differenzierte Abschlüsse.*

*Wir wollen versuchen, dafür auch einige DDR-Spezifika in gewisser Weise zu erhalten, wie z.B. die Arbeit und das Zusammenleben in Gruppen mit einer Lehrperson als Berater oder bestimmte Prüfungsverfahren, die zu einer Straffung des Studiums und kurzen Studienzeiten beigetragen haben.*

*Da eine Universität ihr Profil durch die Forschung bekommt, ist für die TU Cottbus die Erweiterung und Profilierung universitärer Forschung unter folgenden Aufgabenstellungen besonders bedeutsam:*

- Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Universität, wissenschaftlichen Instituten und der Wirtschaft,*
- systematische Förderung interdisziplinärer Forschung bei Wahrung fachlicher Autonomie,*
- Akquisition von Drittmitteln als Strategie erfolgreicher Universitätsforschung,*
- Nutzung der universitären Synergieeffekte im Verhältnis von Grundlagen- und angewandter Forschung,*
- institutionelle Ausgestaltung der Forschungskoperationen zwischen den Ingenieur- und Technikwissenschaften auf der*

einen und ihrem industriellen Anwendungsfeld auf der anderen Seite,

- stärkere Einbeziehung der Universitäten in systematische Technikutnutzung durch Untersuchung von Technologiepotentialen für wirtschaftliche und politische Entscheidungsträger sowie
- Ausbau universitärer Forschungskooperationen auf nationaler und auch auf internationaler Ebene.

Weltweite Forschung zwischen den USA, Japan und Europa gehört schon fast zu den Normalitäten. Wenn man sich das zutraut, warum soll es dann nicht Forschungsnetze in einer Region wie der unseren geben? Nicht jede Universität kann alles, aber alle zusammen können doch sehr viel. Das ist eine ganz wichtige Abstimmungsfrage und ein Ausgleich zwischen den Universitäten selbst.

Weiter soll hier mit Nachdruck gesagt werden, daß die Basis jeder Forschung auch in der Technischen Universität die Grundlagenforschung ist, aber eine Grundlagenforschung für eine Technische Universität und nicht für eine allgemeine Universität. Dieser Unterschied muß klar und deutlich ausgesprochen werden. Das ist nicht leicht; aber man muß sich dazu bekennen, daß der Ingenieur der prägende Student einer Technischen Universität ist.

Die institutionelle Ausgestaltung der Forschungskooperation habe ich schon erwähnt. Wichtig ist nun, daß die Kooperation auch in der Ausbildung funktioniert. Das läuft auf der Basis der Interdisziplinarität, dem Kern auch unseres Modells in Cottbus. Wir möchten einen Ingenieurtypus entwickeln, bei dem die etwas degradierenden Tendenzen beispielsweise zwischen Architekt, Bauingenieur und Landschaftsplaner wieder zusammengeführt sind. Man muß Architekten ausbilden, die auch bauen können - und umgekehrt muß man Bauingenieure haben, die Architektur als gestaltende Kraft nutzbar machen können. Es ist gerade für ostdeutsche Bundesländern von größter Wichtigkeit, daß die Architekturzentren Dresden und Weimar durch Cottbus noch ergänzt werden.

Hierher gehört aber auch die Frage nach dem Verhältnis von Elektrotechnik und Maschinenbau. Beide waren vor 80 Jahren noch in einer Fakultät vereinigt. Dann ist die Elektrotechnik immer mehr Physik geworden. Der Maschinenbau selbst ist auf der anderen extremen Seite der Mechaniker des vorherigen Jahrhunderts geblieben und hat lernen müssen, daß er ohne Elektrotechnik gar nicht leben kann. Warum können sie nicht wieder eins werden und einen Inge-

nieur ausbilden, der sich erst nach dem Grundstudium entscheidet, ob er mehr Elektrotechnik oder mehr Maschinenbau haben will. Das ist ein neues Bild, das wir durchsetzen müssen. Die Fakultätentage werden Schwierigkeiten bereiten, weil angeblich da nichts austauschbar ist. Aber wenn das so ist, wird überhaupt nichts mehr zu bewegen sein. Ich meine, die Zeit ist gekommen, über neue Strukturen an Technischen Universitäten nachzudenken.

*An der TU Cottbus wird es fünf Fakultäten geben:*

- Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik,
- Architektur und Bauingenieurwesen,
- Maschinenwesen, Elektrotechnik und Produktionstechnik,
- Umweltwissenschaften und
- Philosophie und Sozialwissenschaften.

Die letztgenannte Fakultät wird keinen eigenen Studiengang haben. Aber die Geisteswissenschaften sollen wieder in das Studium heringeholt werden. Es wird also Institute geben - eins für Philosophie, eins für Technikphilosophie und ein Großinstitut für Technik-Geschichte, das Kunstgeschichte und Baugeschichte vertritt. Die wichtige Frage der Bewertung von Technik wird eine entscheidende Rolle spielen und ist Gegenstand der Forschung. Weiter ist ein großes Institut für berufliche Bildung geplant. Dabei geht es nicht im eigentlichen Sinne um Erziehungswissenschaft, auch nicht um Berufsschulbildung, sondern gemeint ist die Umsetzung neuer Technologien in den Betrieben. Das muß die Belegschaft einer Fabrik lernen. Um diesen fortwährenden Schulungs-, Ausbildungs-, Trainingsprozeß in der Fabrik geht es; er wird Schwerpunkt eines Instituts sein. Schließlich sind die Sprachen nicht zu vergessen. Alle slawischen Sprachen werden vermittelt, natürlich auch Englisch und Französisch.

Ein ganz wichtiger Punkt bei der Gründung der TU Cottbus ist eine große Fakultät Umweltwissenschaften. Die besondere Chance von Cottbus besteht darin, die Umweltwissenschaft als Fakultät mit einem Studiengang Umweltwissenschaften, der mit dem Diplomingenieur endet, sehr breit anzusetzen: vom Umweltrecht über Umweltbiologie, Geotechnik bis zu Erdoberflächenbewegung. Wir hof-

fen sehr, daß gerade dieser Studiengang von den Studenten stark frequentiert werden wird.

Vielleicht noch ein Wort zu den naturwissenschaftlichen Fakultäten: Hier habe ich im wesentlichen schon gesagt, daß es uns beispielsweise nicht um den Mathematiker, sondern um den Technomathematiker aber mit hohem theoretischen Anspruch geht. Auch werden wir nicht eine volle Chemie ausbauen - das ist in Potsdam möglich, sondern uns stärker an Petrochemie und Umweltchemie orientieren. Die chemische Verfahrenstechnik wird in drei Ästen studierbar sein: einmal über die technische Chemie in Fakultät 1, dann über den mehr konstruktiven Apparatebau in Fakultät 3 und schließlich über die Umweltwissenschaft in Fakultät 4, wobei die Studiengänge nicht von Fakultäten verwaltet werden. Wir werden das Hamburger Modell anwenden und Studienkommissionen mit allen Professoren, die in einem Studiengang lehren, verantwortlich machen.

Die TU Cottbus bietet zur Zeit fünf Studiengänge an:

- Architektur,
- Bauingenieurwesen,
- Elektrotechnik,
- Wirtschaftsingenieurwesen mit den Richtungen Baubetrieb, Fabrikbetrieb und Umwelttechnik sowie
- Umweltwissenschaften.

Die Einrichtung folgender Studiengänge ist geplant:

- Mathematik,
- Physik,
- Chemie,
- Informatik,
- Stadt- und Regionalplanung,
- Maschinenwesen und
- Produktionstechnik.

Studien- und Prüfungsordnungen werden so konzipiert, daß sie ein fakultätsübergreifendes, interdisziplinäres Studium fördern. So wird die ingenieurwissenschaftliche Ausbildung nicht nur naturwissenschaftlich fundiert, sondern reflektiert auch deren philo-



Die weitere Frage könnte nun sein, wie glauben wir uns kostenmäßig durchzusetzen? Das Land Brandenburg ist ja nicht eins der reichsten Länder. Wir müssen eine sehr kostensparende Universität sein, was sich in unserer Struktur niederschlägt. Die Grundordnung der TU Cottbus sieht, basierend auf einer Rektoratsverfassung, nur wenige Entscheidungsinstanzen und damit schnelle Verwaltungswege vor:

- Rektorat und Senat,
- Fakultäten und Institute.

Die Universität wird als eine kleine, überschaubare Einrichtung auf maximal 10.000 Studenten ausgelegt. Gegenwärtig haben wir 360 neue Studenten und kommen mit den übernommenen auf ca. 1.600 Studenten.

Die äußeren Verhältnisse in den neuen Bundesländern zwingen dazu, keine Massenuniversitäten zu entwickeln. Wenn man einmal von vielleicht größeren Regionen wie Dresden und Chemnitz absieht, wird eine Stadt wie Cottbus nicht so schnell ein Ballungsgebiet werden (vielleicht einmal 150.000 Einwohner). Ein massenhafter Zugang zum Studium ist in solch einer Region zunächst einmal durch das Wohnproblem begrenzt. Eine zweite Grenze besteht darin, daß die Lehrkapazität nicht ausreicht. Es wäre schlimm, wenn wir gleich zu NC-Fächern übergehen müßten. Wir haben das Problem jetzt in der Architektur. Im letzten Semester konnten wir mit einer Eignungsprüfung die Architektur beginnen. Nun kommt im nächsten Jahr natürlich schon der zentrale Verteilungsschlüssel auf uns zu. Unter den Architekturstudenten sind sehr viele aus Westdeutschland. Das ist ein sehr schöner und erfolgreicher Weg dieser jungen Fakultät.

Ich kann mir aber nicht denken, daß wir unter dem Druck stehen wie etwa Berlin mit einem hohen Ausländeranteil (an der TU Berlin studieren 25 Prozent Ausländer). Andererseits können natürlich niedrige Studentenzahlen auch ein Problem werden. Wenn wir jetzt nicht schnell einen bestimmten Zuwachs von Studenten nachweisen können, dann sagt irgend jemand, daß die nötigen Steigerungsraten fehlen. So müßte man am besten mit Betriebswirtschaft anfangen, mit Fächern also, die nicht viel kosten, aber relativ großen Bedarf haben. Nur, wir möchten gar nicht so schnell eine große

Hochschule werden. Deshalb sollte eine Hochschule nicht daran gemessen werden, wieviel Studenten sie hat.

Uns ist aber andererseits auch nicht bange, daß durch den von Berlin und Dresden ausgehenden Sog und durch die notwendige Neugründung von Fachhochschulen im Raum Cottbus der Einzugsbereich für die Technische Universität Cottbus zu klein wird. Natürlich ist es schon ein Problem, wenn in Cottbus zur gleichen Zeit etwa die universitäre Ausbildung und die Ausbildung an der Fachhochschule in Architektur beginnt. Ich halte das nicht für richtig. Es gibt Überlegungen, dies zeitlich zu entzerren, vielleicht in Senftenberg mehr zu konzentrieren. Wir können das schon wohnungsmäßig nicht verkraften, wenn die Fachhochschule gleich auf 2.000 Studenten zieht und wir auch 1.600 Studenten einbringen. Zwischen dem Gründungsrektoren finden dazu Gespräche statt, um keine falsche Konkurrenzsituation zu erzeugen. Es ist ein Unterschied im Studienziel zwischen Fachhochschule und Universität, und das wird immer so bleiben. Im übrigen kann man durch das universitäre Angebot der Studiengänge darauf Einfluß nehmen, nicht nur solche Fächer zu offerieren, die aufgrund geringer Popularität nur wenige Studenten interessieren. Man muß ebenfalls in begehrten Studiengängen Angebote machen, und zwar in Nischen, dann kommen die Studenten auch zu uns. Das fängt zum Beispiel bei den Wirtschaftsingenieuren an, die wir in zwei Richtungen ausbilden werden, und zwar in Fabrikbetriebstechnik und Baubetriebstechnik.

Schließlich muß man davon ausgehen, daß die Universitäten in Zukunft, wenn sie Wachstum erreichen wollen, dies nur über Zuwachs aus der Drittmittelszene bekommen. Ich habe auf diesen Punkt mehrfach aufmerksam gemacht und wiederhole nur noch einmal: Die TU Cottbus wird eine forschungsintensive Universität. Dabei werden Grundlagenforschung und angewandte Forschung in unterschiedlichen Formen außeruniversitärer Forschungskooperation miteinander verbunden. Hierfür kann das Produktionstechnische Zentrum Berlin als ein Vorbild dienen. Die brandenburgische Wirtschaft hat ihr Interesse an gemeinsamen Projekten bereits deutlich bekundet.

Zum Schluß möchte ich zum Ausdruck bringen, daß meine Ausführungen den bescheidenen Versuch des Landes Brandenburg verdeutlichen sollten, nicht nur dem Land, der Region mit einer neuen Technischen Universität zu dienen, sondern vielleicht auch einen bildungstheoretischen Ansatz darzustellen, wie man eine Technische Universität in das nächste Jahrhundert entwickeln kann. Dabei besteht die besondere Chance im Neuanfang. Wir haben uns natürlich auch gefragt, ob wir das alles richtig machen, wenn wir jetzt ein solches Programm aufstellen. Der Gründungssenat kann darauf keine Antwort geben; denn die erst jetzt zu berufenden Professoren müssen letztlich der Universität das Gepräge geben. Was man hier vorgeben kann, sind nur Gedanken und überhaupt keine starren Konturen. Es bleibt die Hoffnung, einen wissenschaftlichen Nachwuchs zu gewinnen, der bereit ist, in großer Flexibilität und Dynamik in einer fortwährenden Korrektur diesen Tanker TU Cottbus weiterzusteuern.

## Nachbetrachtung

Die im Spätherbst 1991 vorgenommene und in dieser Studie festgehaltene Erörterung der Frage, wie die Erneuerung der ostdeutschen Hochschullandschaft verläuft, war eine punktuelle. Sie konnte nicht die ganze Differenziertheit der ablaufenden Prozesse in den neu entstandenen Bundesländern und deren Hochschulen einer Gesamtschau unterziehen. Insofern erhebt der Situationsbericht keinen Anspruch auf Repräsentation der Gesamtheit von Erfolgen, Schwierigkeiten, Defiziten und offenen Fragen. Widergespiegelt werden lediglich Tendenzen der Entwicklung. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Dokumentation von allgemeiner Bedeutung für die Situation der Hochschulen in den neuen Ländern ist.

Zwei Seiten der Hochschulerneuerung lassen sich deutlich abheben:

Einerseits ist es das Problem der personellen Evaluierung, inzwischen in der Öffentlichkeit vielfach bekannt und gegenwärtig an den Hochschulen mehr zum Nachteil als zum Vorteil ihrer Entwicklung strapaziert. Der Bericht liefert hierzu keine wesentlich neuen Argumente. Was er aber herausstellen möchte, ist die These, daß die neue ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftslandschaft nicht nur, aber vor allem auch mit Menschen gestaltet werden sollte, die dort zu Hause sind und die aus der vielfach gemeinsamen Betroffenheit heraus sehr gut in der Lage sind, neue Hochschulstrukturen zu entwickeln und inhaltlich auszufüllen. Der Druck, der von baldigen Gelingen oder Nicht-Gelingen dieser Seite der Hochschulerneuerung auf alle anderen Seiten ausgeht, ist sehr groß. Vieles hängt auch davon ab, wie souverän Landtage und entsprechende Ministerien eigene Entscheidungen treffen. Dem Faktor Zeit kommt deshalb so große Bedeutung zu, weil er mit darüber entscheidet, ob die ostdeutsche Hochschullandschaft personell erst ausblutet, bevor sie neu Fuß gefaßt hat.

Andererseits geht es um die inhaltliche Erneuerung. Mit Blick auf die Weiterentwicklung der gesamten bundesrepublikanischen Hoch-



schul- und Wissenschaftslandschaft ist dies die eigentlich viel spannendere Seite. Sie wird gegenwärtig in der öffentlichen Diskussion "als Übernahme der westdeutschen Strukturen" apostrophiert und von den Evaluierungsfragen überschattet, wenn nicht sogar beherrscht. Hier will der Bericht ein optimistischeres Bild zeichnen, wenigstens Ansätze für Weichenstellungen in die Zukunft vermitteln. Die These lautet, daß nicht alles, was gegenwärtig in den neuen Bundesländern inhaltlich entwickelt wird, nur das Prädikat "Anpassen" verdient. Wo die Landesgesetze Handlungsraum eröffnen, lassen sich sicherlich noch mehr Beispiele dafür finden, daß erfahrene und engagierte Hochschullehrer (West und Ost gemeinsam) diesen Handlungsraum für Weiterentwicklungen ausloten. Das gilt für den universitären Bereich; das gilt aber ganz besonders für den Fachhochschulbereich, wo eine einfache West-Ost-Übernahme ohne kritische Aufarbeitung der in diesem Hochschultyp erkannten Defizite zu einer Verstärkung der Probleme bei der Akzeptanz der Fachhochschulen führen würde.

Für die zweite Seite der Hochschulerneuerung sind wissenschaftliche Analysen und Expertisen unentbehrlich. Mit aller Vorsicht läßt sich konstatieren, daß heute die Aufgaben der Hochschulentwicklung ohne eine qualifizierte Hochschulforschung nicht mehr effektiv lösbar sind. Hochschulforschung hat die Aufgabe, Universitäten und Hochschulen sowie die Regierungen auf Landes- und Bundesebene zu beraten und in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Die Projektgruppe Hochschulforschung in Berlin-Karlshorst, finanziert durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und die Kultusministerkonferenz der Länder, ist bemüht, eine solche Aufgabe für die neuen Bundesländer im Prozeß der Hochschulerneuerung wahrzunehmen. Es gilt, den Wandlungsprozeß im ostdeutschen Hochschulsystem unter ausgewählten Aspekten zu dokumentieren, Entwicklungen wissenschaftlich zu begleiten und insbesondere diese, wie im vorliegenden Bericht erstmals geschehen, einer breiteren Öffentlichkeit sichtbar zu machen.

Im einzelnen sind für das Jahr 1992 folgende Schwerpunkte in unserer Forschungsarbeit vorgesehen:

- Darstellung der Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern (Aufbau eines differenzierten Hochschulsystems durch

- Neugründungen von Fachhochschulen; Profilveränderung und -erweiterung der Ausbildung durch Neuordnung von Fach- und Studienbereichen sowie Neustrukturierung von Studiengängen)
- Hochschulpersonal in den neuen Bundesländern (Angleichung der Beschäftigtengruppenstruktur des wissenschaftlichen Personals Ost an die entsprechenden Strukturen West)
  
  - Quantitative und strukturelle Entwicklung des Hochschulzugangs in den neuen Ländern (Entwicklung der Studierwilligkeit und der Studienabsichten potentieller Studienbewerber; Öffnung des Hochschulzugangs für spezifische soziale Gruppen)
  
  - Studieninformation/Studienberatung (Ausbau der Studienberatung in den neuen Bundesländern, Rolle der Studienberatung in der europäischen und internationalen Studienlandschaft)
  
  - Übergangsprozesse von Hochschulabsolventen, insbesondere für Frauen (Arbeitsmarktchancen, individuelle Strategien der Arbeitsplatzsuche und Weiterbildungsbedarf in den neuen Bundesländern)
  
  - Auswärtige Wissenschaftsbeziehungen der Universitäten und Hochschulen der neuen Bundesländer mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa (Neubelebung und Entwicklung).

Wir möchten hiermit Landesregierungen und Hochschulen in den neuen Bundesländern ermutigen, unsere Möglichkeiten zur Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Ideen zur strukturellen, inhaltlichen und personellen Hochschulerneuerung in Anspruch zu nehmen.